

Deutsche Umschau

Zeitung für gesamtdeutsche und europäische Politik, Wirtschaft und Kultur



Politik:

Bundeskanzlerin beim
BdV-Jahresempfang

Hessen:

71. BdV-Landesverbandstag
im Haus der Heimat

Kultur:

Glas aus dem Sudetenland
in Hadamar

Herausgeber:



Inhalt

- 3 Aussiedlerbeauftragte tagten im BMI
- 4 BdV-Präsidium führte Gespräche in Berlin
- 5 Bundeskanzlerin besuchte Deutsche in Rumänien
- 6 Bundeskanzlerin spricht beim Jahresempfang des BdV
- 8 Frauen organisieren sich im Bund der Vertriebenen
- 8 70 Jahre Grundgesetz
- 9 Vorstandsmitglieder im Haus Königstein in Geiß-Nidda
- 9 Ausstellung „In Lagern“ im Wiesbadener Haus der Heimat
- 10 71. Landesverbandstag des hessischen Vertriebenenverbandes
- 12 Landesversammlung der Sudetendeutschen Landsmannschaft
- 13 Schlesierkreuz für Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf
- 14 Landesdelegiertenversammlung der Schlesier stand im Zeichen Europas
- 15 Landeskulturtagung der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen
- 15 Volkstumsnachmittag in Flörsheim
- 16 Osterreise des BdV-Kreisverbandes Lauterbach nach Südböhmen
- 17 Gedenkfeier am Vertriebenenkreuz in Maria Einsiedel
- 18 Gedenkfeier für die sudetendeutschen Opfer vom 4. März 1919
- 19 Erbacher Kreisgruppe erinnert an Tag der Selbstbestimmung
- 19 Ausstellung zum Deutschen Orden
- 20 Glas aus dem Sudetenland
- 22 Kulturarbeit der Vertriebenen
- 23 Zum 125. Geburtstag von P. Matthäus Quatember
- 24 Programm der kulturellen Tage 2019
- 25 Egerländer Otto Riedl erhält Bundesverdienstkreuz
- 26 Gedenken an Anton Lerch und Prof. Arnulf Baring
- 27 Termine

Titelbild

BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann und Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, beim 71. Landesverbandstag (Foto: BdV Hessen)

Angemerkt...

Europa und die deutschen Vertriebenen

Mithilfe am Aufbau Deutschlands und Europas

Die Europawahl hat am 26. Mai mehr Wähler zur Urne gehen lassen als früher, hat aber auch die Mehrheitsverhältnisse im Europaparlament verändert, auch die Stellung der Vertriebenen in der Politik. Uns Vertriebenen war Europa immer ein Herzensanliegen. Ein Sudetendeutscher, Richard Graf Coudenhove-Kalergi, gründete bereits 1923 die Pan-Europaunion, der später Otto von Habsburg vorstand und deren deutscher Präsident der Sprecher der Sudetendeutschen, Bernd Posselt, ist. Es ist kein Zufall, dass die Paneuropa-Union im Bereich der ehemaligen k.u.k.-Monarchie besonders verwurzelt ist, auch unter den Vertriebenen. Als 1950 die Charta der Vertriebenen unterzeichnet wurde, verzichteten die Vertriebenen auf Rache und Vergeltung, aber nicht auf das Recht. Sie verpflichteten sich, mitzuwirken am Aufbau Deutschlands und Europas.

Damals hatten die Vertriebenen bereits europäische Hilfe von einem mutigen Priester erfahren, der ein Europäer der ersten Stunde war: Pater Werenfried van Straaten ist als legendärer „Speckpater“ bis heute nicht vergessen. Er hat nicht nur den deutschen Heimatvertriebenen mit seinem Werk Ostpriersterhilfe materiell und geistig geholfen, sondern später auch den verfolgten Christen in Osteuropa. Vor allem hat er von Anfang an durch seine Versöhnungsarbeit

auch den Völkern des Westens einen Dienst erwiesen: „Unzählige haben in der Ostpriersterhilfe wie in einer Schule der Liebe das Wesen des Christentums entdeckt und leben gelernt“, schreibt Pater Werenfried in seiner Autobiographie. Die Sudetendeutschen haben ihn schon 1965 mit dem Europäischen Karlspreis geehrt. Der gebürtige Holländer van Straaten, der als Prämonstratenser in ein belgisches Kloster eintrat, und nach dem Krieg aus dem Osten vertriebenen deutschen Heimatvertriebenen half, betonte oft das Wort von Papst Pius XII., dass es das Christentum war, das die Seele Europas am meisten geformt habe.

Pater Werenfried gab seine Erfahrung in seiner Heimat und in anderen Ländern Europas in Predigten und Vorträgen, in Presse und Rundfunk in vielen Sprachen weiter und weckte so Hilfsbereitschaft und erstes europäisches Interesse, als er schrieb:

„Wir alle fahren auf einem Schiff und dieses Schiff heißt Europa! Wir Ausländer fahren noch in der Luxuskabine, die Deutschen im Zwischendeck oder gar unten im Schiffsraum. Aber das alles ist gleichgültig, wenn das Schiff leck ist. Und das Schiff Europa ist leck. Da heißt es, die Ärmel hochkrempeln und pumpen, sonst gehen wir alle unter, ganz gleich, wo wir stehen.“

Rudolf Grulich



ISSN 0723-4295

Organ des Bundes der Vertriebenen:

Landesverband Hessen

Herausgeber / Verlag:

Bund der Vertriebenen – Landesverband Hessen e.V. Die Ausgabe wird durch das Hessische Sozialministerium gefördert.

BdV-Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden

Telefon: 0611 36019-0 · Telefax: 0611 36019-22

E-Mail: buero@bdv-hessen.de

Bankverbindungen:

Volksbank Wiesbaden

IBAN DE17 5109 0000 0000 3459 03

Redaktion:

Siegbert Ortmann (V.i.S.d.P.), Carsten Becher (Leitung), BdV-Landesverband Hessen Referat für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Mit Signum oder Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers wieder.

Satz & Layout:

Eva Zschäbitz, Bonn

Druck & Vertrieb:

Medienhaus Plump GmbH
Rolandsecker Weg 33
53619 Rheinbreitbach

Erscheinungstermine:

Vier Ausgaben p. a.
31. März 2019, 30. Juni 2019, 30. September 2019 und 15. Dezember 2019

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe:

31. August 2019

Zweite Aussiedlerbeauftragtenkonferenz in Berlin

Beauftragte der Länder und des Bundes tagten im BMI

Der Beauftragte der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten, Dr. Bernd Fabritius, hat die Aussiedlerbeauftragten der Bundesländer zur zweiten Sitzung der im letzten Jahr konstituierten Aussiedlerbeauftragtenkonferenz in das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat eingeladen. Neben den Beauftragten der Länder nahmen auch Entsandte aus Landesverwaltungen der Länder an der Konferenz teil, in welchen Landesbeauftragte noch nicht benannt wurden.

Schwerpunkt der Beratungen waren erneut die weiter andauernden personenspezifischen Benachteiligungen von Spätaussiedlern im Rentenrecht, die Kulturförderung gem. § 96 BVFG in Bund und Land, die konkrete Praxis der Wiedereingliederung von Spätaussiedlern in den Bundesländern sowie die Problematik der Nachweisführung für standesamtliche Beurkundungen von Sachverhalten in den Herkunftsgebieten.

Die Aussiedlerbeauftragtenkonferenz begrüßte die Zustimmung des Bundesrates zum Antrag des Freistaates Bayern auf Überprüfung der Spätaussiedlerbenachteiligungen im Rentenrecht und empfahl eine Informationskampagne



Die Beauftragten des Bundes und der Länder (v.l.): Heiko Hendriks (NRW), Dr. Jens Baumann (Sachsen), Editha Westmann (Niedersachsen), Bundesaussiedlerbeauftragter Dr. Bernd Fabritius, Margarete Ziegler-Raschdorf (Hessen), Herr Hellstern (Büro von LBHS Dr. Thomas Strobl, Baden-Württemberg), Dr. Lill (Büro von LBHS Sylvia Stierstorfer, Bayern) Foto: BMI

zu Grundlagen und Herausforderungen der rentenrechtlichen Eingliederung von Spätaussiedlern. Gleichzeitig wurde eine ermessens- und beurteilungsleitende Empfehlung für Standesämter beschlossen, die über Besonderheiten der standesamtlichen Nachweissituation bei Spätaussiedlern informiert. Damit soll ein Beitrag zur Be-

seitigung besonderer Härten im Personenstandsrecht geleistet werden, die entstehen, wenn Spätaussiedler Jahrzehnte nach ihrer Aussiedlung erneut neue Urkunden aus ihrem Herkunftsstaat beibringen sollen. Es wurde vereinbart, die dritte Tagung der Konferenz im Herbst dieses Jahres in Hannover durchzuführen. ■

Die Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler (LBHS)

Die Landesbeauftragte hat die Interessen der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler zu vertreten. Dabei ist sie auch deren direkte Ansprechpartnerin. Es ist ihre Aufgabe, die Eingliederung der Spätaussiedler zu unterstützen, zu koordinieren und zu bündeln. Mit den Verbänden der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler arbeitet sie bei der Förderung der Kulturarbeit nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) zusammen.

Durch Kabinettsbeschluss sind der Beauftragten folgende Aufgaben übertragen:

- Unterstützung der Pflege, Förderung und Weiterentwicklung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete (§ 96 BVFG),
- Zusammenarbeit mit den Verbänden der Heimatvertriebenen bei der Kulturarbeit nach § 96 BVFG und bei heimat- und verständigungspolitischen Maßnahmen,
- Unterstützung und Koordinierung der vom Land Hessen übernommenen Patenschaften,
- Unterstützung der Belange der Spätaussiedler,
- Zusammenarbeit mit den Betreuungsorganisationen bei der Aufnahme, Unterbringung, Betreuung und Eingliederung der Spätaussiedler,
- Mitwirkung bei der Koordinierung der die Spätaussiedler betreffenden Maßnahmen mit den anderen Ressorts der Landesregierung sowie mit den Bundesressorts und den Kommunen,
- Zusammenarbeit mit dem Hessischen Landesbeirat für Vertriebenen-, Flüchtlings- und Spätaussiedlerfragen,
- Informationsarbeit über Spätaussiedlerfragen

Weitere Infos unter: www.soziales.hessen.de/ueber-uns/landesbeauftragte-fuer-heimatvertriebene-und-spaetaussiedler

Erfahrungsaustausch verstetigen

BdV-Präsidium führte Gespräche in Berlin

„Wir wollen den Erfahrungsaustausch verstetigen“, erklärten der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, und der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Eckhard Pöls, in einer gemeinsamen Sitzung der Gruppe und des BdV-Präsidiums am 19. Februar 2019 in der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft in Berlin. In konstruktivem Austausch wurde dabei sondiert, wie man die Anliegen der deutschen Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, Aussiedler und Spätaussiedler sowie der deutschen Minderheiten in ihren Heimatgebieten gemeinsam voranbringen und politisch umsetzen könne. Dabei betonte BdV-Präsident Fabritius die Überparteilichkeit der Vertriebenenverbände, erklärte aber ebenso, dass für die erfolgreiche Interessensvertretung naturgemäß politische Partner mit möglichst großen gemeinsamen Schnittmengen nötig seien.

Besprochen wurden viele der aktuell wichtigen Themen sowie bevorstehende Termine. Dabei ging es zunächst ausführlich um die Rentenungerechtigkeit bei Spätaus-

siedlern. Hierzu hatte der Bundesrat am 15. Februar 2019 einen Beschluss gefasst, mit dem die Bundesregierung aufgerufen wird, die Lage zu prüfen und rechtliche Benachteiligungen zu beseitigen. BdV und Vertriebenenengruppe machten nochmals deutlich, dass es nicht hinnehmbar sei, dass Rentenkürzungen und -deckelungen zu Ansprüchen unter dem Grundsicherungsniveau führten. Dies sei gesetzlich verordnete Altersarmut. Die Sitzungsteilnehmer sahen das Bundesministerium für Arbeit und Soziales in der Pflicht, zügig im Sinne der Betroffenen tätig zu werden, belastbare Zahlen vorzulegen und Gesetzesänderungen vorzuschlagen.

Ebenfalls erörtert wurde die Lage im Bereich der Kulturpolitik nach § 96 des Bundesvertriebenengesetzes. Hier lobten die Gesprächspartner den partizipativen Ansatz im zugrundeliegenden Kulturkonzept der Bundesregierung, forderten aber auch, diesen Ansatz in der Umsetzung des Konzeptes weiter zu stärken. Insbesondere die Breitenkulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler bedürfe einer intensiveren Förderung, um den gesetzlichen Auftrag von Erhalt und Weiterentwicklung dauer-

haft zu gewährleisten. Umgesetzt werden müsse außerdem der Koalitionsvertrag im Hinblick auf die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen.

Herzlich lud Fabritius die Gruppe unter Eckhard Pöls zum Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen ein sowie zum diesjährigen Tag der Heimat, der am 31. August in der Urania Berlin stattfindet. Eckhard Pöls ergänzte als weiteren Termin den Gedenktag für die Opfer von Flucht und Vertreibung am 20. Juni und zeigte sich überzeugt, dass die Vertriebenenverbände eng in dessen Gestaltung eingebunden würden.

Offener Meinungsaustausch mit Kirchenvertretern

Im Anschluss an die Sitzung mit der CDU/CSU-Vertriebenenengruppe traf das BdV-Präsidium mit den für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge maßgeblichen evangelischen und katholischen Kirchenvertretern zusammen.

Von evangelischer Seite waren Dr. Thieß Gundlach, Vizepräsident des Kirchenamtes der Evangelischen Kirche in Deutschland



BdV-Präsidium mit Vertretern der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion (v.l.): Albrecht Schläger, Siegbert Ortmann, Johann Thießen, Eckhard Gnödtke MdB, Milan Horáček, Renate Holznagel, Eckhard Pöls MdB, Dr. Bernd Fabritius, Stephan Grigat, Christoph de Vries MdB, Stephan Rauhut und Raimund Haser MdL.



(EKD), sowie vom Konvent der ehemaligen Ostkirchen in der EKD Pfarrer Christfried Boelter, Gemeinschaft evangelischer Posener und Vorsitzender des Konvents, Pastor Dr. Hans-Henning Neß, Gemeinschaft evangelischer Schlesier und stellvertretender Vorsitzender des Konvents, und Pastor Arnulf Baumann, Bessarabiendeutscher Verein, gekommen. Von katholischer Seite waren Weihbischof Dr. Reinhard Hauke, Beauftragter der deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, Prof. Dr. Rainer Bendel, Bundessprecher der Arbeitsgemeinschaft katholischer Verbände Mittel- und Osteuropa (AKVMOE), und Matthias Dörr, Geschäftsführer der AKVMOE sowie der Ackermann-Gemeinde, anwesend.

In einem sehr offenen Meinungsaustausch machten die Anwesenden eine Bestandsaufnahme ihrer Arbeit und diskutierten Gegenwart und Zukunft der Vertriebenenseelsorge. Dr. Gundlach bezeichnete das Thema „Beheimatung“ als wichtige geistliche Aufgabe der Kirchen, ging jedoch nicht auf eine erneute Benennung eines EKD-Beauftragten für den Bereich Vertriebene und Aussiedler ein, zumal die EKD hier als Ganzes gefordert sei. Weihbischof Hauke erklärte, auch für die Kirchen sei gerade im Zusammenhang mit der Vertriebenenseelsorge die Verständigung mit den Nachbarländern ein wich-



Das BdV-Präsidium mit den Kirchenvertretern (v.l.): Dr. Hans-Henning Neß, Arnulf Baumann, Milan Horáček, Stephan Raubut, Matthias Dörr, Christfried Boelter, Dr. Thies Gundlach, Johann Thießen, Dr. Bernd Fabritius, Dr. Reinhard Hauke, Siegbert Ortman, PSts Stephan Mayer MdB, Stephan Grigat, Renate Holznagel, Albrecht Schläger, Prof. Dr. Rainer Bendel und Raimund Haser MdL.

tiges Arbeitsfeld geworden, und lobte den Einsatz der AKVMOE auf diesem Gebiet. Zuspruch erhielt sein deutliches Bekenntnis zur weiteren Notwendigkeit seiner Position innerhalb der Katholischen Kirche. Pfarrer Boelter, der die Begegnung mit initiiert hatte, lobte den immer besser gelingenden, interkonfessionellen Austausch der Kirchenvertreter untereinander.

BdV-Präsident Fabritius wies auf die besondere Situation der Aussiedler und

Spätaussiedler hin: In den Ländern des Kommunismus sei die Kirche stets ein Rückzugsraum und eine Art Substituent für einen negativ agierenden Staat begriffen worden. Diese besondere Verbundenheit hätten sie nach Deutschland mitgebracht und bräuchten daher besondere Zuwendung seitens der Kirchen. Abschließend vereinbarten das BdV-Präsidium und die Kirchenvertreter, weiterhin im Gespräch zu bleiben.

Marc-P. Halatsch

Bundeskanzlerin besuchte Deutsche in Rumänien

Fabritius für Gebrauch deutscher Städtenamen

Am Rande des EU-Gipfels in Hermannstadt (Rumänien) besuchte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel gemeinsam mit dem rumänischen Staatspräsidenten Klaus Johannis auch das Demokratische Forum der Deutschen in Rumänien – den Dachverband der dortigen deutschen Minderheit.

Der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius, erklärt hierzu: „Dieser Besuch von Bundeskanzlerin Merkel und Staatspräsident Johannis ist ein wichtiges Zeichen des Beistandes und der Wertschätzung für die angestammte deutsche Minderheit in Rumänien. Gerade die Bundeskanzlerin beweist hier großes Feingefühl, war die deutsche Minderheit doch zuletzt Ziel einer regelrechten Verleumdungskampagne regierungsnaher Kreise in Rumänien.“

Diese Kampagne reichte von Diffamierungen Angehöriger der deutschen Minderheit als „Nazis“ über ähnliche Andeutungen im Hinblick auf die Evangelische Kirche A.B. in Rumänien bis hin zu einer Fotomontage des deutschstämmigen Staatspräsidenten Johannis mit SS-Insignien und in Nazi-Uniform.

Fabritius wünscht sich, „dass solche Besuche und deutliche Zeichen der Verbundenheit deutscher Politiker mit den deutschen Minderheiten im Ausland zur Regel werden“ und erinnerte etwa an das Treffen der Bundeskanzlerin mit Vertretern der deutschen Minderheit in Polen im Jahr 2017 und die Begegnung zwischen Bundespräsident Dr. Frank-Walter Steinmeier und Vertretern der deutschen Minderheit in Polen 2018.

Deutliche Kritik übte der BdV-Präsident an der Berichterstattung der deutschen Medien über den EU-Gipfel, in der mit „Sibiu“ regelmäßig ausschließlich der rumänische Name der Stadt Hermannstadt benutzt wird. Fabritius hierzu: „Wenn eine ausländische Stadt einen deutschen Namen hat, sollte in der deutschen Berichterstattung auch dieser Name benutzt werden. Es existieren sogar offizielle Regelungen dafür. Niemand berichtet für das ZDF oder den Spiegel aus ‚Warszawa‘ oder ‚Bucuresti‘. Nur bei Städten, die früher mehrheitlich deutsch besiedelt waren, scheint es diese journalistischen Verrenkungen immer wieder zu geben. Statt falsch verstandener Political Correctness wäre hier seitens der Medien etwas mehr Sensibilität für die eigene Sprache und Kultur geboten.“

„Brückenschlag in die Zukunft“

Bundeskanzlerin spricht beim Jahresempfang des BdV

70 Jahre Bundesrepublik Deutschland und der gelungene Aufbau eines freiheitlichen und friedlichen Europa – dies sei gerade auch wegen der deutschen Heimatvertriebenen und Spätaussiedler eine Erfolgsgeschichte, erklärte Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel in ihrer diesjährigen Ansprache beim Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen, der am 9. April 2019 im Tagungszentrum Katholische Akademie in Berlin stattfand. Die Vertriebenen hätten früh erkannt, dass „Europa als Friedensgemeinschaft die Antwort auf Krieg und all seine schrecklichen Folgeerscheinungen war und ist“.

„Wer könnte besser als Sie davon erzählen, was wir an Europa haben?“, fragte die Bundeskanzlerin und lobte die verständigungs-politische Arbeit sowie den Einsatz für die Anliegen der deutschen Minderheiten in den Nachbarländern, woraus immer wieder der Brückenschlag in die Zukunft deutlich werde. Dies widerspiegle auch das aktuelle Jahresleitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“.

Politische Verantwortung der Bundesregierung

Die Bundesregierung nehme die politische Verantwortung sehr ernst, die aus dem Schicksal der Vertriebenen und ihrem Selbstverständnis als Brückenbauer in Europa erwachse, betonte Merkel und ging kurz auf die finanzielle Förderung zum Erhalt und zur Weiterentwicklung der Kulturarbeit der Vertriebenen und Spätaussiedler ein. Diese biete eine Chance, das Kulturerbe der Deutschen im östlichen Europa und die Vertreibungen

als „Teil einer europäischen Beziehungsgeschichte“ sichtbar werden zu lassen und darauf aufbauend den Blick in die Zukunft zu wenden. Dabei spiele auch die „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ mit dem geplanten Dokumentationszentrum im Berliner Deutschlandhaus eine wichtige Rolle, erklärte die Bundeskanzlerin und mahnte in der Fertigstellung zur Eile: „Es würde mich unendlich freuen, wenn wir endlich einmal einfach die Türen öffnen und Menschen hineinbringen könnten.“ Insgesamt freute sich Merkel der vielen interessanten Anknüpfungspunkte wegen auf die weitere Zusammenarbeit zwischen der Bundesregierung und dem Bund der Vertriebenen und dankte den Vertriebenen und ihren Verbänden ausdrücklich für den geleisteten Einsatz.

Generationengerechtigkeit im Rentenrecht

Persönliche Prüfung sicherte die Bundeskanzlerin bezüglich der sozialen Absicherung von Spätaussiedlern im Alter zu. Eine Aussage aus der Begrüßungsrede des BdV-Präsidenten, Dr. Bernd Fabritius, aufgreifend, zeigte sie Verständnis für die vehemente Vertretung gerade dieses Anliegens gegenüber der Bundesregierung sowie die seitens der Betroffenen deutlich gewordene Unzufriedenheit mit den Koalitionsvereinbarungen. „Ihre Zahlenangaben waren nicht ohne jede logische Relevanz, würde ich einmal sagen, was den demografischen Aufbau der Gruppe der Spätaussiedler angeht. Ich werde mir das daher noch einmal sehr genau anschauen“, so Merkel wörtlich.

Fabritius hatte zuvor erklärt, Spätaussiedler seien ein Gewinn für die deutschen Rentenkassen. Ihre Altersstruktur stütze die auf einen Generationenvertrag aufbauende „Solidargemeinschaft Rentenversicherung“. Ein Drittel der aufgenommenen Spätaussiedler sei jünger als 18 Jahre, der überwiegende Teil im Alter zwischen 18 und 45 und zahle Beiträge in die Rentenversicherung ein. Nur rund sieben Prozent der Spätaussiedler seien bei Aufnahme älter als 65. Dennoch werde die Gruppe der Älteren seit 1996 weitgehend aus dem Generationenvertrag ausgeschlossen und deren Rentenbezug durch Deckelung der anrechenbaren Entgeltpunkte und weitere Maßnahmen um mehr als die Hälfte gekürzt.

„Die Arbeits- und Lebensleistung der Menschen soll wesentlicher Anknüpfungspunkt im Rentensystem sein, wohl aber nicht bei deutschen Spätaussiedlern. Schlagwörter wie ‚Respektrente‘ kommen bei uns wie Hohn an, wenn wir davon weiter ausgeschlossen bleiben“, kritisierte der BdV-Präsident. Das Ziel des Bundes der Vertriebenen bleibe Gerechtigkeit für die Betroffenen. In dem Zusammenhang dankte Fabritius für Unterstützungsinitiativen – etwa seitens des Freistaates Bayern, dessen ehemaliger Ministerpräsident und amtierender Bundesminister des Innern, für Bau und Heimat, Horst Seehofer, auch am Jahresempfang teilnahm.

„Wir brauchen Freunde!“

Über das drängende Anliegen der Spätaussiedler hinaus zeichnete der BdV-Präsident ein Gesamtbild guter Zusammenarbeit mit vielen politischen, wissenschaftlichen und



Jahresempfang des Bundes der Vertriebenen 2019 mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.



„Spätaussiedler sind ein Gewinn für die deutschen Rentenkassen“, so BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius.



Zu Gast beim Jahresempfang waren u.a. (v.l.): Staatsministerin Monika Grütters MdB, Bundesinnenminister Horst Seehofer, Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, BdV-Vizepräsidentin Renate Holznagel und BdV-Präsidentmitglied Egon Primas MdL.



Großes Interesse am BdV-Jahresempfang: BdV-Präsident Dr. Bernd Fabritius begrüßte die zahlreichen Gäste, Pressevertreter und Ehren Gäste. (Fotos: BdV/Bildkraftwerk)

gesellschaftlichen Akteuren. So freute er sich insbesondere auf die Gelegenheit, die ebenfalls anwesende Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien, Staatsministerin Monika Grütters MdB, als Beauftragter der Bundesregierung für Aussiedlerfragen und nationale Minderheiten zur deutschen Minderheit nach Rumänien begleiten und ihr als Siebenbürger Sachse das dortige deutsche Kulturerbe sowie das kulturelle Leben der Minderheit vorstellen zu dürfen.

Die Anwesenheit vieler Staatssekretäre, Vertreter der Bundes- und Landesministerien, Abgeordneten und Funktionsträger in den im Vertriebenenbereich tätigen wissenschaftlichen Instituten und Museen bewiese das überparteiliche Engagement und Ansehen des Bundes der Vertriebenen. Gleichwohl sei in mancher Hinsicht noch mehr Unterstützung für die vom Verband vertretenen, vielfach die gesamte Gesellschaft betreffenden Anliegen nötig. „Ja, wir brauchen Freunde!“, bekannte Fabritius freimütig, erklärte aber falschen Alternativen oder Augenwischereien eine Absage.

Viele Gäste beim Jahresempfang

Herzlich willkommen hieß der BdV-Präsident die anwesenden Vertreter der deutschen Minderheiten aus den Nachbarländern. So waren u.a. aus Oppeln der Vorsitzende der dortigen Sozial-Kulturellen Gesellschaft und Präsident des Sejmiks (Landtages), Rafał Bartek, sowie die Geschäftsführerin des Gesamtverbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen, Maria Neumann, und aus Hermannstadt der Geschäftsführer des Demokratischen Forums der Deutschen in Rumänien, Benjamin Józsa, angereist.

Zu prominenten Gästen des diesjährigen Jah-

resempfanges zählten außer der Bundeskanzlerin, dem Bundesinnenminister und der Kulturstatsministerin u.a. der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Alexander Dobrindt, die Parlamentarische Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Rita Hagl-Kehl, der Vorsitzende der Gruppe der Vertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Eckhard Pols, der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatsarchivs der ehemaligen DDR, Roland Jahn, der Apostolische Nuntius in Deutschland, Erzbischof Dr. Nikola Eterović, sowie etliche weitere Vertreter des Diplomatischen Corps, darunter die Botschafter Armeniens, Chiles, Kasachstans, Kroatiens, Moldawiens, Ungarns und Weißrusslands. Besonders freute sich Fabritius, mit Margarete Ziegler-Raschdorf, Editha Westmann MdL, Heiko Hendriks und Dr. Jens Baumann die Landesbeauftragten für Heimatvertriebene und Spätaussiedler aus Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen begrüßen zu dürfen.

Intensive Klausurtagung des BdV

Erneut hatte der Bund der Vertriebenen im Umfeld des Jahresempfanges zu einer Klausurtagung des Bundesausschusses eingeladen. Auf dieser wurde intensiv über aktuelle Themen und Arbeitsfelder des Verbandes und seiner Mitglieder gesprochen und die im vorangegangenen Jahr angestoßene Strukturdebatte fortgesetzt.

Die anwesenden Vorsitzenden der Landsmannschaften und Landesverbände freuten sich, ein neues Mitglied in ihrer Mitte begrüßen zu dürfen: Das Präsidium hatte zuvor einem Antrag der Kulturstiftung der

deutschen Vertriebenen zugestimmt und die Stiftung als außerordentliches Mitglied in den Bund der Vertriebenen aufgenommen. Der Stiftungsvorsitzende, der ehemalige BdV-Vizepräsident Reinfried Vogler, dankte für das Vertrauen und warb gleichzeitig um Unterstützung für die traditionsreiche Stiftung. Derzeit würden Zukunftsperspektiven ausgelotet. BdV-Präsident Fabritius betonte, die Umsetzung der Koalitionsvereinbarung zwischen den Regierungsparteien müsse im Hinblick auf die Kulturstiftung von den Vertriebenen eng begleitet werden.

Abschließend wurde auf wichtige Termine des Verbandes in diesem Jahr hingewiesen: So werde am 31. August der diesjährige zentrale Auftakt zum Tag der Heimat in der Berliner Urania stattfinden. Am 29. November wiederum werde die Bundesversammlung ebenfalls in Berlin, in der Landesvertretung des Landes Mecklenburg-Vorpommern beim Bund, durchgeführt. In deren Zusammenhang werde der ehemalige Bundespräsident Joachim Gauck auf einstimmigen Beschluss des Präsidiums mit der Ehrenplakette des Bundes der Vertriebenen ausgezeichnet. ■

Marc-P. Halatsch



**BdV – Bund der Vertriebenen
Vereinigte Landsmannschaften
und Landesverbände e.V.**

Godesberger Allee 72 – 74
53175 Bonn

Vertreten durch:

Präsident: Dr. Dr. h.c. Bernd Fabritius
Generalsekretär: Klaus Schuck

Telefon 0228 81007-0

E-Mail info@bdvbund.de

Web www.bund-der-vertriebenen.de

Bedürfnis nach einer eigenständigen Verbandsarbeit

Frauen organisieren sich im Bund der Vertriebenen

Der Frauenverband stellt den organisatorischen Zusammenhalt aller Frauen in Deutschland dar, die Mitglieder in den einzelnen Landsmannschaften und im Bund der Vertriebenen (BdV) sind. Er ist außerordentliches Mitglied im BdV. Seine Präsidentin Dr. Maria Werthan ist Mitglied des BdV-Präsidiums.

Die im Jahre 2014 gewählte Präsidentin will die Arbeit von Sibylle Dreher fortsetzen. Das besondere Interesse – so der Frauenverband – gilt der Verwirklichung der allgemeinen Menschenrechte und der Völkerverständigung, Eingliederung der Vertriebenen und Spätaussiedler, Verarbeitung ihres besonderen Schicksals, grenzüberschreitende Kontaktpflege zu den Menschen in Ost-, Mittel- und Südosteuropa und der Bewahrung und Dokumentation des heimatlichen Kulturgutes aus den verschiedenen Vertreibungsgebieten.

Der Verband veranstaltet in regelmäßigen Abständen Zusammenkünfte, in denen sie kulturelle, politische, historische, gesellige und gesellschaftlich relevante Themen aufgreifen und informieren.

Die Frauengruppen sind auf allen Ebenen (Orts-, Kreis-, Landes- und Bundesebene) organisiert. Delegierte und Interessierte treffen sich auf Bundesebene aus allen Landsmannschaften und aus allen Bundesländern bei Seminaren zweimal im Jahr. Regelmäßige Mitteilungen über ihre Aktivitäten erscheinen in den landsmannschaftlichen Zeitungen und im „Deutschen Ostdienst“ (DOD), des Informationsdienstes des Bundes der Vertriebenen, und in Form von Tagungsberichten.

Der Frauenverband wurde im Jahr 1959 gegründet, weil die Frauen dem Bedürfnis nach einer eigenständigen Verbandsarbeit Rechnung tragen wollten. Sie gestalteten die Arbeit in ihren Gruppen mit anderen Schwerpunkten und strebten die Zusammenarbeit insbesondere mit anderen Frauenverbänden an, um ihre Interessenvertretung auf eine breite Basis zu stellen. In einem Projekt „Vertriebene Frauen“ organisierte der Frauenverband eine Abfrageaktion. Zeitzeugen schilderten dabei ihre Schicksale während des Krieges, bei Flucht und Vertreibung unter dem Motto „Frauen brechen ihr Schweigen, um zukünftiges Leid zu verhindern“.



Frauenverband
im Bund der Vertriebenen e.V.



Dr. Maria Werthan (Foto: BdV-Bundesverband)

Heute beteiligen sich die Mitglieder aktiv an der Verständigungsarbeit mit den Menschen, die heute in den Heimatgebieten leben und engagieren sich für die Erhaltung des Kulturgutes und für ein Zentrum gegen Vertreibungen in Berlin. ■

Fabritius würdigt 70 Jahre Grundgesetz

Am 23. Mai 1949, wurde das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland von Konrad Adenauer, damals Vorsitzender des Parlamentarischen Rates, verkündet. Um Mitternacht trat es in Kraft. Anlässlich des 70-jährigen Jubiläums erklärte der Präsident des Bundes der Vertriebenen, Dr. Bernd Fabritius:

„Seit nunmehr 70 Jahren bildet die deutsche Verfassung – unser Grundgesetz – gleichermaßen Fundament wie Rahmen unserer Gesetzgebung. Seine vielleicht größte Leistung besteht darin, dass nach dem finsternen Tal des Zweiten Weltkrieges – mit dem Zivilisationsbruch der Nazi-Zeit, den weltweiten Zerstörungen, Flucht und Vertreibung, Deportation und Zwangsarbeit – die zukunftsweisende Rückbesinnung auf freiheitlich-demokratische Werte und die christlich-ethische Tradition unseres Landes gelang: Es ist bis heute Geschenk und Verantwortung zugleich, dass die unantastbare Würde eines

jeden Menschen als wichtigster Wert und erster Artikel zum Dreh- und Angelpunkt unserer Verfassung wurde.“

„Die vollständige Wiederherstellung ihrer Menschenwürde ersehnten damals auch die Millionen in Westdeutschland angekommenen Vertriebenen“, so Fabritius weiter. „Aufgrund des bis 1948 bestehenden Koalitionsverbotes der Alliierten konnten nur wenige ihrer Vertreter im Parlamentarischen Rat die Entstehung des Grundgesetzes begleiten. Diese setzten sich aber besonders für die Aufnahme und Ausgestaltung der Freiheitsrechte sowie für die in Artikel 24 aufgenommene, angestrebte „friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt“ ein. In diesem Sinne sind die Vertriebenen und ihre Verbände bis heute tätig“, betont der BdV-Präsident und verweist auf das aktuelle Jahresleitwort des Verbandes „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“.



Michael F. Feldkamp
Der Parlamentarische Rat 1948–1949
Die Entstehung des Grundgesetzes

ISBN: 978-3-525-10565-8

Zu den Vertriebenenpolitikern, die am Grundgesetz mitschrieben, zählten etwa Dr. Hans-Christoph Seebohm (Deutsche Partei, später CDU), Dr. Willibald Mücke (SPD) oder der als West-Berliner im Parlamentarischen Rat nicht abstimmungsberechtigte Paul Löbe (SPD). ■

Kirchengeschichte hautnah erleben

Vorstandsmitglieder im Haus Königstein in Geiß-Nidda

Das Haus Königstein in Geiß-Nidda beherbergt das Institut für Kirchengeschichte von Böhmen, Mähren und Sudetenschlesien e.V.

Das Institut verfügt über wertvolles Material, derzeit eine Bibliothek mit über 10.000 Bänden mit zum Teil seltenen Zeitschriften aus der Zeit vor der Vertreibung, das jeden interessieren wird, der sich mit der Kirchengeschichte der Sudetendeutschen befasst und zu verstehen versucht, was es bedeutet, aus der Heimat vertrieben zu werden.

Seit dem Jahre 2013 befindet sich dort auch die Bibliothek des Auschwitz-Überlebenden und Charta 77-Mitgliedes Pavel Bergmann aus Prag, die von seinem Sohn Daniel Bergmann hier untergebracht wurde.

Insider wie Außenstehende bekommen somit durch die dort verfügbaren Publikationen Informationen über die Kirchengeschichte der Sudetendeutschen und darüber hinaus ein Gesamtbild über die Probleme der Vertreibung als Mittel der Politik. Die Sudetendeutschen waren vor der Vertreibung zu über 90 Prozent katholisch, aber es gab auch Protestanten, Altkatholiken und Juden. Auf deren Geschichte wird im ökumenischen Sinne hingewiesen.

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes des BdV-Landesverbandes Hessen mit dem Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann konnten sich während einer kürzlich organisierten Vorstandssitzung vor Ort von dem Institutsleiter Prof. Dr. Rudolf Grulich darüber ausführlich informieren lassen. ■



Vorstandsmitglieder des hessischen BdV-Landesverbandes mit ihrem Vorsitzenden Siegbert Ortmann (2.v.re.) und Institutsleiter Prof. Dr. Rudolf Grulich (re.)



**Institut für Kirchengeschichte
Böhmen-Mähren-Schlesien e.V.**

Haus Königstein
Zum Sportfeld 14 · 63667 Geiß-Nidda

Telefon 06043 9885224
haus-koenigstein.nidda@t-online.de
www.institut-kirchengeschichte-haus-koenigstein.de

Ausstellung „In Lagern“ im Wiesbadener Haus der Heimat

Schicksal der Betroffenen ins öffentliche Bewusstsein bringen

Das Kulturreferat des hessischen Landesverbandes des Bundes der Vertriebenen hat die Wanderausstellung des Zentrums gegen Vertreibungen mit dem Titel „In Lagern – Schicksale deutscher Zivilisten im östlichen Europa 1941 – 1955“ vom 08.04. bis 20.05. in den Ausstellungsräumen im Wiesbadener Haus der Heimat gezeigt. Die Ausstellung wurde von der Landeskulturreferentin, Rose-Lore Scholz, eröffnet. Die Einführung zu dieser Ausstellung hielt Dr. Christean Wagner, Vorsitzender der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen. BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann sprach ein Grußwort.

Nach den Worten von Dr. Wagner möchte die Ausstellung ein in der Öffentlichkeit wenig bekanntes Kapitel der deutschen und europäischen Geschichte in das Bewusstsein holen: Die Verschleppung deutscher Zivilisten in den ehemaligen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten sowie ihre Internierung in Lager. Diese Vorgänge seien Teil des großen Vertreibungsgeschehens, das die Deutschen im östlichen Europa während und nach dem Zweiten Weltkrieg traf. Sie umfassten auch die Deportation und die Zwangsarbeit der Deutschen in der Sowjetunion. Die Ausstellung nehme auch das besondere Schicksal der dort verbliebenen Zivilbevölkerung

in den Fokus – meist Frauen, Jugendliche, Kinder und alte Menschen, deren Internierungen als Massenphänomen im rechtsfreien Raum und ohne individuelle Anklage oder Urteil stattfanden.

In seinen Grußworten stellte Ortmann fest: „Unsere Erinnerungskultur gerät ins Stocken, sie steht unter dem Druck von extre-

men Rechten – bei uns und zunehmend in ganz Europa.“ Sich erinnern dürfe nicht museal, sondern müsse gegenwärtig sein. Damit wir das verständlich vermitteln könnten, müssten Ausstellungen dieser Art nicht nur Erinnerungs-, sondern auch Lernorte sein. Daraus lernend, müssten wir historisches Wissen nicht nur bewahren, sondern in soziales Verhalten ummünzen. ■



Ausstellungseröffnung: (v.l.) Rudolf Friedrich, ehemaliger Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Siegbert Ortmann, Rose-Lore Scholz, Dr. Christean Wagner und Hagen Novotny (Foto: BdV Hessen)

Menschenrechte und Verständigung

71. Landesverbandstag des hessischen Vertriebenenverbandes

Delegierte der hessischen Kreisverbände und landsmannschaftlicher Gruppierungen des Bundes der Vertriebenen (BdV) – Landesverband Hessen e.V. kamen Ende März im großen Wappensaal des Hauses der Heimat in Wiesbaden zu ihrem diesjährigen Landesverbandstag unter dem Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“ zusammen. Hierzu konnte BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann mehrere Ehrengäste begrüßen: die Hauptrednerin der Veranstaltung Margarete Ziegler-Raschdorf, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Stadtrat Markus Gaßner in Vertretung des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden Sven Gerich, Dr. Reinhard Völker, Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Stadtverordnetenfraktion, Sebastian Rutten, Stadtverordneter der FDP-Fraktion, Thomas Bach, Referatsleiter im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, sowie Rudolf Friedrich, ehemaliger Hessischer Landesbeauftragter für Heimatvertriebene und Spätaussiedler.

Der Jahresbericht des BdV-Landesvorsitzenden Siegbert Ortmann unter dem Slogan

„Rückblick – Einblick – Ausblick“ und der ausliegende Tätigkeitsbericht verdeutlichten noch einmal behandelte Aufgabenbereiche des vergangenen Jahres im Detail, gaben interessante Ausblicke für zukünftige Aktivitäten und ermöglichten den zahlreich erschienenen Delegierten und Gästen auf diese Weise einen Einblick über die umfangreichen und vielfältigen Aufgaben des hessischen Vertriebenenverbandes. Dabei ging Ortmann vor allem auf drei wichtige Ereignisse des vergangenen Jahres ein: die Vorstandswahlen des letzten Verbandstages, die hessischen Landtagswahlen sowie die BdV-Bundesversammlung. Auf dieser Bundesversammlung wurden der hessische BdV-Landesvorsitzende zu einem der stellvertretenden Bundesvorsitzenden und Johann Thießen, Vorstandsmitglied des hessischen Landesverbandes und Bundesvorsitzender der Landsmannschaft der Deutschen aus Russland, als Beisitzer in das BdV-Präsidium gewählt.

Besondere Highlights während eines jeden Jahres seien, so Ortmann, die BdV-Großveranstaltungen im Rahmen der alljährlichen Hessentage mit dem „Tag der Ver-

triebenen“ sowie der Hessische Gedenktag für die Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation in Verbindung mit dem zentralen Tag der Heimat im Biebricher Schloss zu Wiesbaden. Weitere wichtige Aufgabenfelder bilden die gemeinsam mit dem Deutsch-Europäischen Bildungswerk durchgeführten verständigungspolitischen Seminarreisen zu deutschen Minderheiten in den ehemaligen Vertreibungsgebieten Ost- und Südosteuropas, die Ausrichtung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit auf die Herausforderungen des digitalen Wandels, die Vermittlung der Kultur der ehemaligen deutschen Vertreibungsgebiete durch exemplarische Projekte, die im Auftrag des Bundes durchgeführte Migrationsberatung für Erwachsene sowie eine künftige Neuausrichtung des Vertriebenenverbandes in der Öffentlichkeit.

„Der Blick auf Geschichte und Gegenwart zeigt, dass sich die Menschenrechtsverletzungen wie Flucht, Vertreibung, ethnische Säuberungen, Deportation oder Zwangsarbeit am ehesten durch gutnachbarschaftliche Beziehungen überall auf dieser Welt verhindern lassen. Ein Europa der Menschenrechte



Landesbeauftragte und BdV-Vorstand: (v.l.) BdV-Pressereferent Helmut Brandl, LMDR-Bundes- und Landesvorsitzender Johann Thießen, DEB-Vorsitzender Georg Stolle, Vorsitzende der LM der Siebenbürger Sachsen Ingwelde Juchum, Stv. BdV-Vorsitzender Manfred Hüber, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, BdV-Landesvorsitzender Siegbert Ortmann, Stv. BdV-Vorsitzender Wilhelm Beer, BdV-Geschäftsführerin Jolanta Lemm, BdV-Schatzmeister Hagen Novotny, Mitarbeiterin Heidrun Depner und BdV-Kreisvorsitzender Bad Homburg Frank Dittrich. (Fotos: BdV Hessen)

auf der Basis von Wahrheit und Verständigung ist und bleibt unser Auftrag seit Schaffung der Charta der deutschen Heimatvertriebenen von 1950. Denn, wir betroffene Heimatvertriebene und Spätaussiedler der Erlebnissgeneration sollten uns wahrlich immer vor Augen halten, dass der vor allem von Deutschland im vorigen Jahrhundert ausgegangene rechtsextreme Nationalismus, Rassismus und Antisemitismus mit allen seinen verheerenden Folgen die eigentliche Ursache unserer unmenschlichen Vertreibung aus der alten Heimat waren“, so Ortmann zum Abschluss seiner Ausführungen.

Margarete Ziegler-Raschdorf, Beauftragte der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, überbrachte die Grüße der Hessischen Landesregierung, dankte dem BdV-Landesverband Hessen für seine engagierte Verbandsarbeit und ging ausführlich auf die im neuen hessischen Koalitionsvertrag verankerten finanziellen Hilfen für die Durchführung der erforderlichen Aufgaben des hessischen Vertriebenenverbandes ein.

„Fast ein Drittel aller in Hessen lebenden Bürgerinnen und Bürger haben Flucht und Vertreibung selbst erlebt, ist durch das Schicksal der nächsten Angehörigen betroffen oder wohnt hier als Aussiedler bzw. Spätaussiedler. Unser Hessischer Ministerpräsident Volker Bouffier hat immer wieder betont, dass sich die Landesregierung dieser Tatsache und der daraus resultierenden Verantwortung sehr bewusst ist. Die ideelle und finanzielle Unterstützung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ist für die Hessische Landesregierung mehr als nur eine Pflicht. Bei der hessischen Landtagswahl im Oktober 2018 wurden

die Weichen für die Fortsetzung der bisherigen erfolgreichen Regierungsarbeit gestellt und ich bin mir sicher, dies wird sich auch entsprechend auf die schon jetzt sehr gute Vertriebenenpolitik im Land auswirken.

Der im Dezember unterzeichnete Koalitionsvertrag der schwarz-grünen Landesregierung stellt dies nachdrücklich unter Beweis. So sieht der Koalitionsvertrag vor, einen Lehrstuhl zur wissenschaftlichen Aufarbeitung der Kultur und Geschichte der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler an einer hessischen Universität einzurichten. Ein Ziel, das vom BdV Hessen schon lange verfolgt wird. Außerdem sollen die Kulturfördermittel nach § 96 BVFG „angepasst“ werden. Dem Themengebiet Flucht, Vertreibung und Aussiedlung im Schulunterricht soll künftig ein besonderer Platz eingeräumt werden. Ferner ist vorgesehen, die bislang ausschließlich projektgebundene Förderung der Spätaussiedlereingliederung durch eine kontinuierliche „Strukturförderung“ zu ergänzen“, so Ziegler-Raschdorf.

Stadtrat Markus Gaßner übermittelte die Grüße des Wiesbadener Oberbürgermeisters Sven Gerich. In seinen Grußworten bezog sich Gaßner auf das vom BdV-Präsidium für dieses Jahr gewählte Leitwort „Menschenrechte und Verständigung – Für Frieden in Europa“ und lobte dabei das von Anfang an



Delegierte aus ganz Hessen waren zur Landesversammlung gekommen

vorbehaltlose Engagement des BdV auf diesem Gebiet. „Ich glaube, dass dies einerseits ein Motto ist, das im Jahr der Europawahlen und auch dem Jahr vieler bedeutender Jubiläen ein wichtiges Thema ist, und dass andererseits der BdV so authentisch wie kaum eine andere Vereinigung gerade für diese Themen steht.“

In einer Nachwahl bestimmte die Delegiertenversammlung Rose-Lore Scholz zur neuen Kulturreferentin des BdV-Landesverbandes Hessen. ■



Bund der Vertriebenen

Landesverband Hessen e.V.

Friedrichstraße 35

65185 Wiesbaden

Telefon 0611 / 3 60 19-0

Telefax 0611 / 3 60 19-22

E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de und www.bund-der-vertriebenen-hessen.de



Landesvorsitzender Siegbert Ortmann beim Tätigkeitsbericht vor der Versammlung.



Stadtrat Markus Gaßner übermittelte die Grüße des Wiesbadener Oberbürgermeisters Sven Gerich.

Vision für Versöhnung und Schaffung eines freien Europas

Hessische Delegierte der Sudetendeutschen Landsmannschaft trafen sich in Wiesbaden

Zahlreiche Delegierte aus den hessischen Kreisgruppen der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) trafen sich Ende Mai 2019 im großen Wappensaal des Wiesbadener Hauses der Heimat zu ihrer diesjährigen Landesversammlung.

Dazu konnte Landesobmann Markus Harzer auch Ehrengäste begrüßen: Claus-Peter Große, stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher der Stadt Wiesbaden, Andreas Hofmeister, MdL (CDU) und Vorsitzender des Unterausschusses für Heimatvertriebene, Ausiedler, Flüchtlinge und Wiedergutmachung im Hessischen Landtag, Yanki Pürsün, MdL (FDP) und Sprecher für Soziales, Gesundheit und Integration, Siegbert Ortman, BdV-Landes- und stellvertretender BdV-Bundesvorsitzender sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der Sudetendeutschen Landsmannschaft, und Leonhard Maniura als Vertreter der Seliger-Gemeinde. Ein besonderer Willkommensgruß galt Andreas Miksch, dem neuen SL-Bundesgeschäftsführer aus München. Zuvor hatte auch der Präsident der Landesversammlung, Reinfried Vogler, die Delegierten und Gäste am Vortag der Wahlen zum Europäischen Parlament begrüßt, auf die Bedeutung dieser Wahlen hingewiesen und der Versammlung einen erfolgreichen Verlauf gewünscht.

Helmut Seidel, BdV-Kreisvorsitzender Odenwaldkreis, sprach das Totengedenken: „Wir Sudetendeutschen erinnern uns in diesem Jahr besonders der Ereignisse vom 4. März 1919, als in mehreren Städten des Sudetenlandes bei friedlichen Kundgebungen für das Selbstbestimmungsrecht tschechische Miliz das Feuer eröffnete, wobei 55 Tote und über 100 Verletzte zu beklagen

noch tief war, mutig und weitsichtig in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen die Vision für Versöhnung und ein freies Europa angingen und sich unermüdlich für eine friedliche Zuerkennung des Heimatrechtes einsetzten.“

Die anwesenden Volksvertreter Große, Hofmeister und Pürsün gingen in ihren Grußworten auf das Schicksal und die beispiellose Integration der über 600.000 Sudetendeutschen ein, die nach der Vertreibung aus ihren Heimatgebieten nach Hessen gekommen waren. Dabei lobten sie den Willen dieser Menschen, schon bald nach ihrem erlittenen Schicksal den Gedanken auf Dialog, Verständigung, Versöhnung mit den Vertreiberstaaten und den Wiederaufbau Deutschlands und Europas mit aller Kraft voranzutreiben.



Landesversammlung: (v.l.) Markus Harzer, Brigitte Kopp, Andreas Miksch, Reinfried Vogler, Manfred Hüber, Siegbert Ortman, Anneliese Ludwig (Fotos: privat)

waren. Diesen Toten gilt heute bei unserer Landesversammlung unser Gedenken, ebenso den etwa 300.000 Toten, die bei der Vertreibung von über 2 Millionen Sudetendeutschen zu beklagen waren. Unser Gedenken gilt aber auch den tatkräftigen Frauen und Männern, die nach Ankunft in einem zerstörten Land die Sudetendeutsche Volksgruppe wieder zu einer starken und hoffnungsvollen Gemeinschaft zusammenführten und in Zeiten, da der Schmerz

SL-Bundesgeschäftsführer Miksch beschwor in seiner Ansprache die Bedeutung der Aufrechterhaltung der Strukturen für den Fortbestand der Sudetendeutschen Volksgruppe. Dabei wies er auf die Dringlichkeit der Gewinnung und Integration junger Menschen hin. Die Gründe der Vertreibung müssten in der Öffentlichkeit erfahrbar und verständlich dargestellt werden. Dabei sei man Bund und Ländern für die finanzielle Unterstützung dankbar, diese Aufgaben erfüllen und deren Ziele erreichen zu können. In seinen weiteren Ausführungen ging Miksch auf die Bedeutung des diesjährigen



Delegierte mit Landesversammlungspräsident Reinfried Vogler im Wappensaal des Wiesbadener Hauses der Heimat



Ehrung mit Lodgmann-Plakette: (v.l.) Reinfried Vogler, Markus Harzer, Manfred Hüber, Andreas Miksch



70. Sudetendeutschen Tages mit einem bunten Programm zu den Pfingsttagen in Regensburg, der Partnerstadt der Sudetendeutschen, ein und warb für einen guten Besuch dieser wichtigen Veranstaltung für die Sudetendeutsche Volksgruppe.

Landesobmann Markus Harzer berichtete den Delegierten über die zahlreichen Aktivitäten der SL-Landesgruppe und deren Kreisgruppen in Hessen. So konnte Harzer von der kürzlich erfolgten Wahl von Anneliese Ludwig zur neuen Landesfrauenbeauftragten berichten und dankte der bisher Verantwortlichen Rosemarie Kretsch-

mer für ihr jahrelanges Engagement. Ohne dieses selbstlose Engagement Vieler sei die Fortführung dieser Arbeiten nicht möglich. Beispielgebend sei hier das jahrzehntelange Engagement und der Einsatz von Manfred Hüber, stellvertretender SL- und BdV-Landesvorsitzender sowie BdV-Kreisvorsitzender von Wetzlar, in der Vertriebenenarbeit. Für sein „Lebenswerk“ überreichten ihm SL-Landesversammlungspräsident Vogler, SL-Landesobmann Harzer und SL-Bundesgeschäftsführer Miksch die Rudolf-Lodgman-Plakette der Sudetendeutschen Landmannschaft. Dabei lobte Harzer auch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem

BdV-Landesverband Hessen bei vielen gemeinsamen Veranstaltungen, wie bei den gemeinsam durchgeführten Gedenkfeiern von BdV-Kreisverbänden und SL-Kreisgruppen aus Anlass der Geschehnisse des 4. März 1919 im Sudetenland. Trotz erlittener Rückschläge bei der Aktivierung erfolgreicher Jugendarbeit sei man weiter bemüht, durch Film- und Zeitzeugenprojekten in Schulen, Jugendliche für eine Mitarbeit zu gewinnen. Bei der SL-Landeskulturtagung im Herbst dieses Jahres in Bad Nauheim soll, so Harzer, auf das Ereignis „70 Jahre Sudetendeutsche Landmannschaft in Hessen“ hingewiesen und begangen werden. ■

Das Schlesierkreuz als Überraschung

Ehrung für Margarete Ziegler-Raschdorf bei Empfang im Stadtschloss in Fulda

Überraschung beim Empfang im Grünen Zimmer des Fuldaer Stadtschlusses: Die langjährige Hessische Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, ist im Rahmen eines städtischen Empfangs für die Landmannschaft Schlesien durch den Bundesvorsitzenden der Landmannschaft, Stephan Rauhut, mit dem „Schlesierkreuz“ ausgezeichnet worden. Nach dem „Schlesierring“ ist das Schlesierkreuz die zweithöchste Auszeichnung des Verbands.

Ziegler-Raschdorf sei in ihrer Funktion als Landesbeauftragte ein Vorbild für viele „Nachahmer“ in anderen Bundesländern gewesen. Hessen sei mit dem Posten Vorreiter in ganz Deutschland gewesen, und Ziegler-Raschdorf habe mit ihrem Beispiel hohe Maßstäbe gesetzt, sagte Bundesvorsitzender Rauhut. „Sie kämpft für die Sache wie eine Löwin für ihre Jungen und lässt sich durch Bürokratie nicht abschrecken“, lobte Rauhut die gebürtige Oberschlesierin, die in Fulda heimisch geworden ist. Rauhut nahm die Ehrung gemeinsam mit Klaus Plaszczyk, dem Bundesvorsitzenden der Landmannschaft der Oberschlesier, sowie Dr. Gotthard Schneider, dem Präsidenten der Schlesischen Landesvertretung, vor. Für die Stadt Fulda hatte Stadträtin Heidelinde Weinberger die Gäste zum Empfang begrüßt und den Delegierten eine angenehme und ertragreiche Tagung in der „Jubiläumsstadt“ Fulda gewünscht. Ihre besondere Gratulation im Anschluss galt natürlich auch der neuen Trägerin des Schlesierkreuzes, die auch Mitglied der Fuldaer Stadtverordnetenversammlung ist.



Margarete Ziegler-Raschdorf (Mitte) erhielt die Ehrung aus den Händen des Verbandsvorsitzenden Stephan Rauhut (2.v.l.) im Beisein von Stadträtin Heidelinde Weinberger (re.), Klaus Plaszczyk (3.v.l.) und Dr. Gotthard Schneider (4.v.r.) sowie von Verbandsmitgliedern in Riesengebirger Tracht. (Foto: Stadt Fulda)

Margarete Ziegler-Raschdorf, die im Vorfeld nichts von der Auszeichnung gewusst hatte, zeigte sich gerührt und geehrt zugleich. „Meine Füße stecken in Schlesien, und Fulda ist meine Heimat“, sagte sie zu ihrem persönlichen Werdegang. Das Schlesierkreuz werde sie in besonderen Ehren halten, versprach Ziegler-Raschdorf. Gleichzeitig mahnte sie mit Blick auf die bevorstehende Europawahl, nicht jenen Kräften eine Stimme zu geben, die Nationalismus und Abschottung auf ihre Fahnen geschrieben hätten. Die Vertriebenenverbände hätten dagegen bereits 1950 mit ihrer Charta den Weg für die europäische

Aussöhnung und Einigung geebnet, sagte Ziegler-Raschdorf. Im Anschluss an den Empfang tagten die Bundesvorstände der Landmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien e.V. sowie die Landmannschaft der Oberschlesier e.V. erstmals gemeinsam. Tags darauf trafen sich die Delegierten der Landmannschaft Schlesien zu ihrer Bundesdelegiertentagung im Fuldaer Bonifatiushaus. Bundesvorsitzender Rauhut nannte Fulda einen „geschichts- und symbolträchtigen Ort“, der wie geschaffen für die wegweisenden Sitzungen der Schlesierverbände sei und dankte für die Gastfreundschaft. ■

Die Europäische Union geht uns alle an

Die Landesdelegiertenversammlung der Schlesier stand ganz im Zeichen Europas

Nach den Verbandsregularien wie Totengedenken, insbesondere des letztjährig verstorbenen Ehrenmitglieds Gottfried Milde, und den Vorstandsberichten, standen Ziele und Perspektiven der Arbeit der Landesgruppe im Mittelpunkt. Neben den Kontakten zu den sechs schlesischen Kreisgruppen der Landmannschaft sollen auch die BdV-Schlesier als Zielgruppe stärker angesprochen werden, zumal sie rund 60 % der Mitglieder in Hessen stellen, wie der Landesvorsitzende Albrecht Kauschat hervorhob.

Im Jahr 2020 begeht die Landesgruppe ihr 70-jähriges Jubiläum. Diese Veranstaltung bietet ein hohes Maß an Öffentlichkeitswirksamkeit und wird daher Schwerpunkt der Arbeit des gesamten Vorstands sein. Eine Arbeitsgruppe, der fast der gesamte Vorstand angehört, wurde bereits gebildet. Der stellvertretende Vorsitzende Georg Stolle berichtete über das Deutsch-Europäische Bildungswerk und von den Fahrten zu deutschen Minderheiten, wie 2018 u.a. ins Teschener Schlesien. Klaus Paetz informierte über die Aktivitäten der schlesischen Trachtengruppen. Er verwies besonders auf die Auftritte bei der „Europeade“ vom 17. bis 21. Juli im hessischen Frankenberg sowie beim Deutschlandtreffen der Schlesier vom 14. bis 16. Juni in Hannover.

Landesschatzmeister Helmut Liewald konnte über einen stabilen Kassenbestand berichten, der auch wesentliche Zuschüsse des Landes Hessen sowie höhere Beitragsanteile der BdV-Schlesier aufweist. Albrecht Kauschat sprach den Vorstandskollegen besonderen

Dank aus und bedankte sich vor allem bei der Landesbeauftragten der Hessischen Landesregierung für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, für ihre Unterstützung. Er hoffe, dass dies auch weiterhin so bleibe. Ziegler-Raschdorf berichtete über den Koalitionsvertrag von CDU und Grünen, die alle Wünsche der Vertriebenen aufgegriffen hätten: ein Lehrstuhl für die Kultur und Geschichte der Vertriebenen und Spätaussiedler, Erhöhung der Projektfördermittel nach dem Bundesvertriebenengesetz sowie die kontinuierliche Strukturförderung für die Verbände in Hessen. Daneben solle auch die Arbeit der Heimatsammlungen sowie die Präsentation der Vertreibung im Freilichtmuseum „Hessenspark“ unterstützt werden.

Zu den Europawahlen hob der Europaabgeordnete Michael Gahler (CDU) den Wandel in den Vertreibungsgebieten hervor. „Schlesien hat wieder Zukunft, trotz aller Hindernisse auch die deutsche Minderheit in Schlesien“. Gahler berichtete über das „ehrlliche Museum“ von Kattowitz, das auch die Perspektive der Deutschen berücksichtige. Hoffnung für die deutsche Minderheit habe auch das Kulturfestival in Breslau gemacht. Den Fortschritt habe er an der polnischen Grenze zur Ukraine sehen können: dort habe es 1989 kaum einen Unterschied gegeben, heute sei der Lohn und der Wohlstand viermal so hoch wie östlich der Grenze. Die EU sehe sich umgeben von Kräften, die sie spalten wollten: Trump würde gerne „Deals“ mit uneinigen Europäern nach seinem Geschmack machen, Putin sehe die Einbindung ehemaliger So-

wjetgebiete in die EU gar nicht gerne und China greife mit seiner „neuen Seidenstraße“ nach Einfluss auf schwächere EU-Länder. Am Beispiel des „Brexit“ Großbritanniens lasse sich zeigen, dass Lügen über die EU, die populistisch-hetzerische Murdoch-Presse, Internet-Kampagnen mit fragwürdiger Auslandsfinanzierung sowie ein unerfüllbarer Traum vom britischen Weltreich die Vernunftspolitik der EU an die Wand gespielt haben. Dabei umfasst der Handelsaustausch zwischen Großbritannien alleine mit NRW mehr als mit ganz Indien. Auch im Inneren gebe es Kräfte, die die Einigkeit der EU stören wollten und dafür auch Gelder aus dem Umfeld Trumps und Putins bekämen. Das größte Hindernis beim Brexit, die Grenze Nordirlands zur Irischen Republik, sei von den „Bexiters“ überhaupt nicht diskutiert worden. „Die wissen bis heute keine Antwort auf die Frage nach einer Zoll-Grenze zwischen EU-Irland und einem ausgetretenen Nord-Irland, lehnen aber eine Zoll-Union ab!“

Dem Einwand eines „Europas der Vaterländer“ widersprach Gahler nicht, wies aber auf die Lage zwischen USA, Russland sowie den aufstrebenden Staaten China und Indien hin. Diese Veränderungen ließen sich ebenso wenig national auffangen wie Nationalitätenprobleme auf dem Balkan oder die Flüchtlingsströme aus Afrika. „Wie soll Deutschland oder Polen alleine in Nordafrika dafür sorgen, dass die Menschen dort nicht die Koffer packen?“ Nationalismus, der ausgrenze, habe noch nie weiter geholfen! ■

Albrecht Kauschat



Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf (2.v.l.) und MdEP Michael Gahler (3.v.l.) mit dem Landesvorstand der Landmannschaft Schlesien: (v.l.) Stv. Landesvorsitzende Anneliese Abu-El-Ez, Schriftführer Heinz Jenke, Landesvorsitzender Albrecht Kauschat, Klaus Paetz und Stv. Landesvorsitzender Georg Stolle (Foto: LM Schlesien)

In Gedanken auf der Kurischen Nehrung

Landeskulturtagung der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen

Für die Landmannschaften und Verbände der Heimatvertriebenen zählen ihre Landeskulturtagungen zu den Höhepunkten im Jahreskalender. Aus diesem Anlass kam der hessische Landesverband der Ost- und Westpreußen im Wilhelm-Kempf-Haus in Wiesbaden-Naurod zusammen.

Mit ihren Kulturtagen tragen die Vertriebenenverbände ganz entscheidend dazu bei, den Auftrag des § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) zu erfüllen, der Bund und Ländern aufgibt, Geschichte und Kultur der deutschen Vertreibungsgebiete im Bewusstsein der Bevölkerung zu erhalten. Mitglieder der Landmannschaft kamen ebenso wie interessierte Gäste in den Genuss zahlreicher Vorträge, die sich mit dem Alltag, der Geschichte und Kultur der alten Heimat in Ost- und Westpreußen intensiv auseinandersetzten. Einmal mehr wurden dabei die kulturelle Vielfalt und der Reichtum der verlorenen Gebiete deutlich. In seinem Lichtbildervortrag über Thomas Mann und dessen Ferienhaus, nahm Referent Gerhard Milkereit die Versammlung in Gedanken mit auf die Kurische Nehrung, ans Kurische Haff und nach Nidden. Der aus Ostpreußen stammende frühere hessische Kultus- und Justizminis-

ter und Vorsitzende der „Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen“, Dr. Christean Wagner referierte über seine Geburtsstadt Königsberg. Nicht minder interessant waren für die Tagungsteilnehmer weitere Beiträge und die Ausführungen von Prof. Dr. Kurt Gärtner aus Marburg zum „Ostpreußischen Wörterbuch“.

Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf überbrachte in ihrem Grußwort die Grüße der Hessischen Landesregierung und berichtete über aktuelle Entwicklungen in ihrem Aufgabenbereich. Sie versicherte, dass Heimatvertriebene und Spätaussiedler wie in der Vergangenheit, so auch nach der Landtagswahl im Herbst 2018 in der Hessischen Landesregierung weiterhin einen starken Partner an ihrer Seite hätten. „Immer wieder neu verdeutlicht unser Ministerprä-



Landesbeauftragte Ziegler-Raschdorf (s.v.l.) mit Teilnehmern der Landeskulturtagung der Landmannschaft Ost- und Westpreußen. (Foto: LBHS)

sident Volker Bouffier die besondere Verantwortung des Landes für die Heimatvertriebenen und Spätaussiedler. Ich persönlich freue mich, bei den Kulturtagen der Landmannschaften die Besonderheiten der einzelnen Herkunftsgebiete noch näher kennenzulernen und die kulturellen Hintergründe zu verstehen.“ Ziegler-Raschdorf dankte dem Landesvorsitzenden Ulrich Bonk für den ausdauernden und treuen Einsatz der Landmannschaft der Ost- und Westpreußen um den Erhalt von Geschichte und Kultur der alten Heimat. ■

Volkstumsnachmittag in Flörsheim

Geschichten aus der alten und neuen Heimat

Zu einem „Volkstümlichen Nachmittag“ hatte der BdV-Kreisverband Main-Taunus im Mai nach Flörsheim eingeladen und im Programm neben Musik, Gesang und guten Gesprächen diesmal auch Geschichten aus der alten und neuen Heimat versprochen. Über 70 Gäste waren der Einladung gefolgt. Vorsitzender Wenzel Woller erinnerte in seinem Grußwort an die Charta der deutschen Heimatvertriebenen aus dem Jahr 1950, in der schon damals ein geeintes Europa gefordert wurde. Dies passte zu dem Redebeitrag des Europaabgeordneten Michael Gahler, der aus dem Main-Taunus-Kreis kommt und dessen Eltern nach dem Zweiten Weltkrieg aus der angestammten Heimat im Sudetenland vertrieben wurden. Er warnte vor Nationalisten und Populisten im europäischen Parlament, denn diese hätten schon zu oft Katastrophen und Unglück über unseren Kontinent gebracht.

Günther Chwalek, stellvertretender BdV-Kreisvorsitzender, betonte in diesem Zusammenhang, dass es vor allem den Gründervätern der EU zu verdanken sei, dass den Deutschen heute wieder in der ganzen Welt Achtung und Freundschaft entgegengebracht werde und nannte dabei Konrad Adenauer, Robert Schumann, de Gasperi und Charles de Gaulle.

Dem BdV gehe es heute besonders darum, die Geschichte und kulturelle Vergangenheit von über 14 Millionen Deutschen aus dem Sudetenland, aus Schlesien, Pommern und Ostpreußen nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. Aber man wolle auch die neue Heimat in den Blick nehmen, bemerkte Chwalek und zeigte sich erfreut über die große Zahl der „Alteingesessenen“, die zu der Veranstaltung gekommen waren. Zum Thema „Geschichten aus der alten und neuen Heimat“



Volkstumsnachmittag mit Günther Chwalek (li.) und Michael Gahler MdB

trug Zeitzeugin Ingeborg Schießel mit einem Bericht über den Hopfenanbau und das Erntefest in ihrem Heimatort im Sudetenland bei und Stadtarchivar Dieter Darmstadt schilderte interessante Begebenheiten über das Leben am Main in der Vergangenheit. Abgerundet wurde der Nachmittag mit beliebten Melodien und Liedern aus alter und neuer Zeit, wobei wie immer bei den Heimatvertriebenen kräftig mitgesungen wurde. ■

Erinnerungen an die alte Heimat wurden wach

Osterreise des BdV-Kreisverbandes Lauterbach nach Südböhmen

Mit einem viertägigen, beeindruckenden Besichtigungsprogramm erlebte eine 38-köpfige Reisegruppe des BdV-Lauterbach das Osterfest in Südböhmen.

Von dem unterhalb des im englischen Tudorstil erbauten Märchenschlosses Frauenberg/Hluboka gelegenen Parkhotels aus wurden die Ausflüge in die zauberhafte Umgebung unternommen. Als erstes stand eine der schönsten Städte dieser Region auf dem Programm: Prachatitz/Prachatice, am altbekannten Handelsweg „Goldener Steig“ im Böhmerwald gelegen. Der historische Kern dieser Stadt, der seine Renaissance-Gestaltung vollends bewahrt hat, wurde schon im Jahre 1981 zum städtischen Denkmalschutzgebiet erklärt.

Weitere Besichtigungsstätten waren das schmucke Renaissanceschloss Kratochville/Kurzweil mit der wunderschönen Parkanlage und natürlich die Metropole Budweis inmitten der sogenannten Südböhmischen Teichplatte, die sich durch die dort intensiv betriebene Teichwirtschaft seit Jahrhunderten entwickelte. Budweis ist mit rund 100.000 Einwohnern

die größte Stadt in Südböhmen und das eigentliche Zentrum dieser Region mit den romanischen Laubengängen rund um den 133x133 Meter großen Marktplatz, dem interessanten Rathaus und vielen anderen Sehenswürdigkeiten. Weltweit ist diese Stadt vor allem auch bekannt durch das Budweiser Bier, das die Reisegruppe am Abend in der Brauereigaststätte „Budvar“ mit einem deftigen Essen und bei böhmischer Live-Musik ausgiebig genießen konnte.

Das Städtchen Krummau/Cesky Krumlov, das sich mit seinen einzigartigen mittelalterlichen Stadtplänen an der Moldau erstreckt, nimmt in der UNESCO-Liste des Weltkulturerbes einen besonderen Rang ein und war damit unbestrittenes „Highlight“ dieser Osterreise. Die riesige Schlossanlage mit der großräumigen Parkanlage thront hoch über der Moldau und beherrscht mit ihren mächtigen Ausmaßen das gesamte Stadtbild. Den Beinamen „Perle Südböhmens“ verdient diese Stadt übrigens nicht nur wegen ihrer wunderbaren Architektur aus Gotik und Renaissance, sondern vor allem wegen ihren verwinkelten, engen Altstadtgas-

urgemütlichen Lokalen. Mit den vielfältigen Eindrücken dieser Stadtbesichtigung und des dort gerade stattgefundenen Ostermarktes machte sich die Reisegruppe schließlich noch zu dem riesigen Lipno-Stausee mit den Sandstränden auf den Weg und genoss in einem ufernahen Restaurant eine wohlverdiente Kaffeepause bei landestypischem „Osterbrot“.

Am letzten Tag stand noch eine Visite von Klattau/Klatovy, einem städtischen Kleinod am Fuße des Böhmerwaldes auf dem Südböhmen-Reiseprogramm. Es wurden die berühmten Klattauer Katakomben mit den 38 mumifizierten menschlichen Körpern aus früheren Jahrhunderten aufgesucht. Reiseleiter Siegbert Ortmann, gebürtiger Egerländer, ließ auf der Rückfahrt dann auch noch den deutschen Grenzbahnhof Furth im Wald ansteuern, vor dessen Eingangsportal sich seit kurzem ein Vertriebenen-Gedenkstein befindet, der als Erinnerung für mehr als 750.000 Menschen steht, die hier ihre erste Anlaufstation im Westen nach der unmenschlichen Vertreibung aus ihrer alten Heimat hatten.

Der schwarze Monolith trägt auf der Oberseite das Bronze-Relief des einstigen Grenzdurchgangslagers. Auf der zur Straße zugewandten Seite sind auf einer Bronzetafel alle Abgangs- und Zielbahnhöfe der Vertreibungstransporte, darunter auch Lauterbach/Hessen, angegeben. Die Rückseite zeigt schließlich die Heimatgebiete der drei Millionen vertriebenen Sudeten-deutschen. ■



Teilnehmer vor Samsonbrunnen und Schwarzen Turm in Budweis (Foto: privat)



Schloss Frauenberg aus der Vogelperspektive (Foto: Kralpilot, 2013, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 3.0)

Einsatz für Volksgruppen- und Minderheitenrechte

Gedenkfeier am Vertriebenenkreuz in Maria Einsiedel

Am Faschingssonntag hatte die Kreisgruppe der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) Groß-Gerau gemeinsam mit dem Kreisverband des Bundes der Vertriebenen (BdV) Groß-Gerau zu einer Gedenkfeier unter dem Leitwort „Für ein Europa freier Völker und Volksgruppen“ am Wallfahrtsort Maria Einsiedel eingeladen. Anlass dazu war der 100. Jahrestag der Niederschlagung friedlicher Demonstrationen von Sudetendeutschen in der damaligen Tschechoslowakei für das Recht auf Selbstbestimmung. Dazu konnte SL-Kreisvorsitzender Helmut Brandl auch den Europaabgeordneten Michael Gahler, Ines Claus (MdL) und den SL-Landesvorsitzenden Markus Harzer begrüßen. Dabei hatte Brandl auch auf die deutschlandweiten Treffen anlässlich des „Tages der Selbstbestimmung“ hingewiesen. Mit dem Gedenken einher gehe die Forderung zu einem europäischen Volksgruppenrecht und dem Schutz von Minderheiten weltweit. Im Rückblick auf die in der Charta der Heimatvertriebenen von 1950 niedergeschriebene Verpflichtung, an der Schaffung eines geeinten Europa mitzuwirken, sagte Brandl: „Besonders in Tagen einer spürbaren schleichenden Entwicklung von Nationalstaaterie – auch bei einigen unserer europäischen Nachbarstaaten – ist es unendlich wichtig, das bisher geschaffene Haus Europa zu erhalten und für uns alle weiterzuentwickeln, damit dieses Gebilde ein Hort für Solidarität, Stabilität und Frieden bleiben möge.“

Es war am Faschingsdienstag, 4. März 1919 in Kaaden. Die 20 Jahre alte Kanzleihilfin Aloisia Weber steht kurz vor ihrer

Hochzeit. Zusammen mit hunderttausenden Deutschen demonstriert die junge Frau friedlich für das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen. Den Anlass bot die Wahl zum deutschösterreichischen Nationalrat, an denen sich die Sudetendeutschen hätten beteiligen müssen. Weil ihnen dies von der tschechischen Besatzungsmacht verwehrt wurde, rief die sozialdemokratische Partei zum Generalstreik auf. In vielen Städten feuerte das tschechische Militär in die waffenlose Menge. Unter den 54 Todesopfern war auch Aloisia Weber. Ihre Geschichte rief Markus Harzer in Erinnerung. Der hessische Landesvorsitzende der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL) sprach während einer Gedenkfeier der SL-Kreisgruppe Groß-Gerau am Sonntag am Wallfahrtsort Maria Einsiedel. Sie stand unter dem Leitwort „Für ein Europa freier Völker und Volksgruppen“.

Im vorausgegangenen Gottesdienst hatte Pfarrer Heinrich Bosse dazu aufgefordert, auch am Fastnachtssonntag Not und Leid nicht zu vergessen. Man solle auch an jene denken, die mehr weinen als lachen. Unrecht nie zu vergessen sei insbesondere heute wichtig, weil das Recht wieder vermehrt mit Füßen getreten werde. Gottesdienst und Gedenkfeier wurden vom Erzgebirgischen Heimatverein Nauheim-Weiterstadt mit Liedern und den Trachtenträgern der Egerländer Gmoi z'Kelsterbach mitgestaltet.

Michael Gahler bedauerte, dass dieser Gedenktag in der Öffentlichkeit nicht sehr bekannt sei: „Geschichte, die vergessen wird,

birgt die Gefahr, sich zu wiederholen.“ Der Europaabgeordnete sinnierte darüber, wie der Streit begonnen habe, nachdem Deutsche und Tschechen Jahrhunderte lang friedlich miteinander gelebt hätten. Letztlich habe wohl die Politik Fehler gemacht, und das später von Francois Mitterrand bekannte Zitat habe sich als wahr erwiesen: „Nationalismus ist Krieg“.

Nach dem Zweiten Weltkrieg seien in Westeuropa Strukturen geschaffen worden, in denen Sieger und Besiegte, starke und schwache Länder, alte und neue Mitglieder sich Vertrauen schenken und so den Frieden bewahren. Gahler rief dazu auf, sich auch durch Populisten nicht beirren zu lassen: „Wir wollen uns in der Europäischen Union weiterhin in Frieden und Freiheit entwickeln.“ ■



Bund der Vertriebenen Kreisverband Groß-Gerau e.V.

Leitungsgruppe:

Hans-Josef Becker, Gernsheim
Helmut Brandl, Stockstadt
Erich Fech, Biebesheim

Kreisgeschäftsstelle:
Postfach 11 41
64501 Groß-Gerau

Telefon 06152 2375
Telefax 06158 828927

E-Mail bdvkreisverbandgg@gmail.com
Web www.bdv-kvb-gg.de



Europaabgeordneter Michael Gahler bei seiner Ansprache in der Pilgerhalle des Wallfahrtsortes Maria Einsiedel



Teilnehmer nach dem Totengedenken und Kranzniederlegung am Vertriebenenkreuz in Maria Einsiedel

„Ereignisse, an die wir uns erinnern müssen“

Gedenkfeier für die sudetendeutschen Opfer vom 4. März 1919 am Gedenkstein in Löhnberg

Zum Gedenken an den 4. März 1919, dem Tag des Selbstbestimmungsrechts der Sudetendeutschen, hatten der Bund der Vertriebenen, die Sudetendeutsche Landsmannschaft Kreisverband Limburg-Weilburg und die Egerländer Gmoi z' Limburg für den 9. März nach Löhnberg, Landkreis Limburg-Weilburg, eingeladen.

Der 4. März des Jahres 1919 ist im kollektiven Gedächtnis der Sudetendeutschen fest verankert. An diesem Tag wurden die Freiheitsbestrebungen der Sudetendeutschen mit Waffengewalt beendet, als tschechoslowakisches Militär auf friedliche Demonstranten, die für ihr Selbstbestimmungsrecht eintraten, das Feuer eröffnete. 54 Menschen fanden dabei den Tod.

Zum Festvortrag im voll besetzten Pfarrsaal konnte der Vorsitzende des BdV-Kreisverbandes Limburg-Weilburg, Josef Plahl, zahlreiche Ehrengäste begrüßen: Weihbischof em. Dr. h. c. Gerhard Pieschl und Pfarrer Christian Elias, Landesbeauftragte für Heimatvertriebene und Spätaussiedler, Margarete Ziegler-Raschdorf, Markus Koob, MdB, Marion Schardt-Sauer, MdL, Andreas Hofmeister, MdL, Manfred Hüber, stellvertretender BdV-Landsvorsitzender und stellvertretender SL-Landesobmann sowie Franz Krotzky, Ehrenvorsitzender des BdV-Kreisverbandes.

Der Egerländer Dr. Herbert Papacek, Greifenstein (Lahn-Dill-Kreis), ging in seiner Ansprache auf die Geschehnisse des 4. März 1919 im damaligen Sudetenland nach Gründung der Tschechoslowakei am Ende des Ersten Weltkrieges ein. Man könne darüber nicht reden, ohne auf die früheren Jahre des Zusammenlebens beider Völker, der Tschechen und Sudetendeutschen, einzugehen. Bereits zur Konstituierung des ersten Parlaments in der Geschichte Deutschlands 1848 seien sudetendeutsche Vertreter in die Frankfurter Paulskirche gekommen. Interessant sei, dass hierzu auch Tschechen eingeladen waren. Unter der Führung des tschechischen Historikers Frantisek Palacky lehnten diese jedoch eine Teilnahme ab. Stattdessen beriefen die Tschechen zu einem Slawenkongress für 1848 nach Prag ein.

Nach Gründung des tschechoslowakischen Staates am Ende des Ersten Weltkrieges strebten die rund 3,2 Millionen dort leben-



Gedenken an die Opfer der Märzunruhen: (v.l.) Paul Heime, Hans Pross, BdV-Kreisvorsitzender Limburg-Weilburg Josef Plahl, Pfarrer Christian Elias, Walter Fischer, Weihbischof em. Dr. h. c. Gerhard Pieschl, Walter Kutsche, Landesbeauftragte Margarete Ziegler-Raschdorf, Vorsitzender der Egerländer Gmoi z' Limburg Albrecht Kauschat, Kreisobmann der SL Limburg-Weilburg Otto Riedl, MdL Andreas Hofmeister, Stv. BdV-Landesvorsitzender und Stv. SL-Landesobmann Manfred Hüber, MdL Marion Schardt-Sauer, MdB Markus Koob, Ehrenvorsitzender BdV Limburg-Weilburg Franz Krotzky und Festredner Dr. Herbert Papacek. (Foto: Weilburg TV)

den Sudetendeutschen eine Zugehörigkeit zur im November 1918 entstandenen Republik Deutsch-Österreich an. Als im März 1919 die Wahlen zum deutschösterreichischen Nationalrat abgehalten wurden und den Sudetendeutschen die Teilnahme hieran seitens der tschechoslowakischen Behörden verweigert wurde, riefen die im Exil befindlichen Landesregierungen der sudetendeutschen Gebiete sowie die sudetendeutschen Parteien – an der Spitze die Sozialdemokraten – für den 4. März 1919 zu Demonstrationen für das Selbstbestimmungsrecht auf. Der Aufruf stieß auf große Resonanz, doch die in allen Bezirksstädten der deutschsprachigen Gebiete stattfindenden friedlichen Demonstrationen wurden durch tschechisches Militär gewaltsam zerschlagen.

Margarete Ziegler-Raschdorf sprach dem BdV-Kreisvorsitzenden Josef Plahl, dem Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft Limburg-Weilburg, Otto Riedl, und dem Vorsitzenden der Egerländer Gmoi, Albrecht Kauschat, für die Vorbereitung und Durchführung der Veranstaltung und das große persönliche Engagement ihren Dank aus und übermittelte die Grüße der hessischen Landesregierung. In ihrem Grußwort hob sie die Bedeutung des 4. März 1919 als Gedenktag hervor: „Die deutsche Geschichte kennt viele Ereignisse, an die wir uns erinnern wollen und an die wir uns erinnern

müssen. Auch dieser Tag hat einen berechtigten Platz in der deutschen Erinnerungskultur – denn das Demonstrationsrecht und die freie Meinungsäußerung sind wesentliche und elementare Bestandteile jeder freiheitlichen Grundordnung.“

Das Schlusswort an diesem Gedenktag sprach Albrecht Kauschat, Vorsteher der Egerländer Gmoi z' Limburg: „Die meisten Menschen halten den Nationalstaat für den Normalzustand“. In der St. Hedwigs Kirche feierte Weihbischof Pieschl den Gottesdienst. Thema der Predigt war: „Lasst Euch nicht trennen von Euren Wurzeln! Lasst Euch nicht trennen von Gott!“ Die Kollekte war für Pater Jan Vianney Dohmals, OFM, Prag, bestimmt. ■



**Bund der Vertriebenen
Kreisverband Limburg-Weilburg e.V.**
Limburger Straße 8 · 35781 Weilburg
Telefon 06471 30381

Vorsitzender:
Josef Plahl
Kirchweg 10 · 35781 Weilburg

Telefon 06471 2785
Sprechzeiten: Dienstags und Freitags
jeweils 9.00 – 12.00 Uhr

Unrecht an Sudetendeutschen vor 100 Jahren

Erbacher Kreisgruppe erinnert an Tag der Selbstbestimmung

Alljährlich gedenken die Vertriebenen, insbesondere die Sudetendeutschen, der Ereignisse des 4. März 1919 im Sudetenland, die sich jetzt zum 100. Male jähren. Damals, nach Ende des Ersten Weltkrieges, wollten die Tschechen ihren eigenen Staat. Die Deutschen Böhmens, Mährens und Sudetenschlesiens mussten dies akzeptieren, nahmen aber auch für sich das von den alliierten Siegermächten verkündete Selbstbestimmungsrecht in Anspruch. So wie die Tschechen ihren eigenen Staat haben sollten, so wollten sie als Deutsche Bestandteil der Republik Deutsch-Österreich sein, so wie sie über Jahrhunderte zur österreich-ungarischen Monarchie gehörten.



Zum sudetendeutschen Tag des Selbstbestimmungsrechts gedachten Kreisvorstandsmitglieder des Bundes der Vertriebenen auf dem Erbacher Friedhof am Vertriebenenkreuz der Toten. Links neben dem Kreuz Pfarrer Martin Eltermann, rechts daneben BdV-Kreisvorsitzender Helmut Seidel. (Foto: privat)

Am 4. März 1919 trat in Wien das Parlament der neuen Republik zusammen. Den über 3 Millionen Sudetendeutschen wurde aber durch die tschechische Besatzungsmacht verwehrt, Abgeordnete in dieses Parlament zu entsenden. Aus Protest dagegen riefen alle politischen Parteien des Sudetenlandes, insbesondere auch die Sozialdemokraten, zu einem Generalstreik und zu friedlichen Kundgebungen auf. Tschechisches Militär schoss jedoch in die waffenlos demonstrierenden Sudetendeutschen. 54

Tote, darunter Frauen, Greise und Kinder, und Hunderte Verletzte waren zu beklagen. Seitdem ist für die Sudetendeutschen der 4. März ein besonderer Gedenktag, der „Tag des Selbstbestimmungsrechts“.

Der Kreisvorsitzende des Bundes der Vertriebenen (BdV) und Kreisobmann der Sudetendeutschen Landsmannschaft (SL), Helmut Seidel (Erbach), erinnerte an diese Ereignisse bei einer Totenehrung am Vertriebenenkreuz auf dem Erbacher

Friedhof. Der katholische Erbacher Pfarrer Martin Eltermann sprach Gebete und Kreisvorstandsmitglied Erich Süßner (Bad König) umrahmte das Gedenken musikalisch. Bei dem anschließenden Treffen im Vereinshaus mit weiteren Mitgliedern und Gästen wurde das Gedenken fortgeführt, wobei die BdV-Kreiskulturreferentin Ilse Süßner (Bad König) eindrucksvoll zum Ausdruck brachte, wie intensiv sie sich als Nichtvertriebene mit der Problematik auseinandergesetzt hatte. ■

„Das gehört in die Schulen“

Ausstellung zum Deutschen Orden

Der Deutsche Orden, dessen Mitglieder sich nach dem Spital in Jerusalem „Brüder vom Deutschen Haus Sankt Mariens in Jerusalem“ nannten, wurde 1190 in Akkon als Spitalbruderschaft gegründet. 1198 wurde er nach Johannitern und Templern der dritte große geistliche Ritterorden der Kreuzzugszeit zum Schutz der Pilger im Heiligen Land.

Informationen über die Geschichte des Ordens bot eine zweisprachige Ausstellung in Polnisch und Deutsch des Kulturzentrums Ostpreußen Ellingen in Gernsheim vom 4. Mai bis 15. Juni: „Dzieje Zakonu Niemieckiego od założenia do dzisiaj – Die Geschichte des Deutschen Ordens – Von der Gründung bis zur Gegenwart“.

Zusammen mit dem BdV und dem Kunst- und kulturhistorischen Verein (KKV) zeigte der Verein Städtepartnerschaften diese Aus-

stellung. Sie war bereits in der Burg der polnischen Partnerstadt Swiecie (Schwetz) zu sehen. Der Historiker Dr. Roman Gogan richtete als Kurator bei der Eröffnung ein besonderes Augenmerk auf die Burgen des Ordens, von denen eine auch in Schwetz steht. Dabei erinnerte Gogan an jene Personen, die 1228 als erste Ordensritter an die Weichsel gekommen waren. Zuvor hatte der polnische Herzog Konrad von Masowien den Orden im Kampf gegen die heidnischen Pruzen ins Land geholt.

Hermann Balk gründete 1231 auf dem Gebiet der heutigen Stadt Thorn die erste Ordensburg. Es entstanden weitere Burgen im Kulmer Land, von denen aus der Orden gegen die Pruzen kämpfte. Sie dienten als Rastplätze, als Rüstkammer, Kornspeicher und religiösen Zwecken (Konturen). Noch zu Zeiten des Hochmeisters Hermann von

Salza (1210 bis 1239) errichtete der Orden an der unteren Weichsel einen unabhängigen und mächtigen Ordensstaat. Er habe, so der Referent, 120 Städte und 900 Dörfer nach Kulmer Recht gegründet.

Von den Burgen stünden im russischen Teil Ostpreußens und in Litauen nur noch wenige. In Polen seien alle Burgen bis 1945 nahezu intakt gewesen. Dann habe die Regierung sie als „Symbole des Preußentums“ zerstören wollen, während andere darin auch polnisches Kulturgut sahen. Viele Burgen seien erhalten und würden wieder aufgebaut. Auch in Schwetz bemühe man sich um Gelder für eine Wiederherstellung. ■

Hans-Josef Becker



Warum in Hadamar ein Glasmuseum entstand

Besucher des Glasmuseums Hadamar, die den Weg in die Fürstenwohnung des Renaissanceschlosses gefunden haben, fragen oft verwundert, welche besondere Beziehung die Stadt am Fuße des Westerwaldes ausgerechnet mit Glas hat. Zwar befindet sich im nahegelegenen Limburg eine bedeutende Glasmanufaktur, die hochwertiges Beleuchtungsglas produziert und im benachbarten Würges besteht seit Generationen eine große Glashütte, in der jeden Tag vollautomatisch Tausende von Flaschen und Wirtschaftsgläser geblasen werden, doch hier befindet sich nicht der Ursprung des Hadamarer Glases, wie man vermuten könnte.

Es waren Flüchtlinge aus dem Sudetenland, die als Folge des 2. Weltkrieges und des untergegangenen Dritten Reiches zwangsweise aus ihrer Heimat vertrieben wurden und diese quasi über Nacht mit nur wenigen Habseligkeiten verlassen mussten. Eine Anordnung des tschechischen Militärortskommandanten legte im Einzelnen genau fest, wer von der Ausweisung betroffen war, nämlich Einwohner deutscher Volkszugehörigkeit ohne Unterschied des Alters und des Geschlechts (mit Ausnahme von Angehörigen der kommunistischen und sozialdemokratischen Partei) und welche Gegenstände mitgenommen werden durften. Die Liste war denkbar kurz. Sie beinhaltete lediglich Reiseproviant für die ersten Tage, die allernotwendigsten Dinge für den persönlichen Bedarf in einer Menge, die selbst getragen werden konnte und persönliche Dokumente. Umso umfangreicher dagegen waren die Bedingungen, in denen akribisch aufgelistet wurde, was in der künftigen tschechischen Republik zu verbleiben hatte und wie die Wohnstätte zu verlassen war. Demjenigen, der nach seiner Ausweisung in seine alte Heimat zurückwollte, drohte in dem Dekret nach Überschreitung der neuen Staatsgrenze sogar die Todesstrafe.¹

Als am 20. Juni 1945 die Deportation der Sudetendeutschen aus Haida (Nový Bor) und Steinschönau (Kamenický Šenov) begann, wurden sie bis zur sächsischen Grenze geführt und ihrem Schicksal überlassen. Auf verschlungenen Umwegen und Zwischenstationen entschied sich die Mehrzahl von ihnen, in den Westen auszureisen. Die Vertriebenentransporte aus dem Sudetenland wurden entsprechend einer Regelung der westlichen Besatzungsmächte schwerpunktmäßig nach Bayern und Hessen ge-

leitet. Fast 11.000 Sudetendeutsche zählte man 1946 allein im Kreis Limburg. Darunter waren auch zahlreiche Glasfachleute aus der nordböhmisches Region.²

Die Anfänge einer Glasveredlung in Hadamar sind – wie so oft im Leben – einem Zufall zu verdanken. Zwei junge Glasraffineure – wie damals Glasveredler bezeichnet wurden – aus dem Sudetenland saßen Anfang 1947 im Bahnhofsrestaurant in Limburg zusammen und berieten, wie es nun weitergehen sollte. Es waren zwei Unternehmer aus dem nordböhmisches Glaszentrum, Herbert Meltzer und Ernst Wittig. Eine etwa gleichaltrige Dame am Nebentisch hatte das Gespräch zufällig mitangehört und brachte die beiden mit ihrer Großmutter Hedwig Siebert aus Hadamar zusammen. Diese bot den beiden eine Unterkunft bei sich an und vermittelte ihnen Produktionsstätten, wo sie sich im Laufe der Nachkriegsjahre eine berufliche Existenz aufbauen konnten.³

Das erste Rohglas kauften die Firmengründer noch in der Limburger Glashütte, wo in Ermangelung reiner Rohstoffe aus Rheinsand ein graublaustichiges Glas hergestellt wurde. Ihr Gründer war Dr. Walter Heinrich; er sollte später der erste Direktor der Glasfachschule werden. (Im Glasmuseum sind einige dieser frühen geblasenen Gläser aus der Domstadt in der ständigen Ausstellung zu sehen.)

Dieses Glas wurde jedoch den zunehmenden Qualitätsanforderungen der Kunden nicht gerecht, so dass das überwiegende Rohglas in den Folgejahren aus der Hessenglashütte

in Stierstadt (Oberursel) bezogen wurde, die ebenfalls in den Nachkriegsjahren von Heimatvertriebenen aus dem Oberen Kamnitztal (Bezirk Gablonz) aufgebaut wurde. Die Anfänge der Glasproduktion in der Hütte verliefen nicht gleich glatt; erst das Know-How des Geschäftsführers Otto Fischer und die notwendige Unterstützung durch die zuständigen Ministerien in Wiesbaden führten die Hütte zu ihrem späteren Erfolg.⁴

Herbert Meltzer war Nachfolger der alteingesessenen Fa. Meltzer und Tschernich aus Haida. Auch die neugegründete Firma in Hadamar befasste sich mit der Veredelung von hochwertigem Glas aller Arten (außer Lüster und Flachglas). Sie hat sich insbesondere durch ihre geschliffenen Überfangvasen einen Namen gemacht. Der Betrieb bestand bis zu seiner Geschäftsaufgabe um 1972 (?).⁵ Meltzer beschäftigte in seiner Blütezeit zwischen 1960 und 1970 50-75 Mitarbeiter und war damit genau so groß wie die Fa. Wittig.⁶

Aus der Glanzzeit dieser Firma gibt ein Foto Auskunft, das den Schah von Persien mit Kaiserin Soraya zeigt. Anlässlich eines Deutschlandbesuches wurde ihnen ein Deckelpokal von dem in Hadamar ansässigen Veredelungsbetrieb überreicht. Der Entwurf für die Gravur stammte von Prof. Alexander Pfohl, der an der Glasfachschule Hadamar unterrichtete und u.a. auch Entwürfe für Meltzer anfertigte.

Auch Ernst Wittig revitalisierte mit viel unternehmerischem Engagement seine in Nordböhmen 1908 gegründete Firma. Die in Hadamar und Oberursel niedergelassene Ernst Wittig GmbH stellte nach tradierten Mustern Gebrauchs- und Luxusglas her, die durch Ätzung und Säurepolitur veredelt wurden. Sie war spezialisiert auf Schliff und Gravur auf sogenannten Rubinbeizgläsern. Die technisch aufwändige Rubinbeize erfolgt durch drei Brände und wurde von Willi Hergesell, einem kleinen Familienbetrieb im Nachbarort hergestellt. Wittig führte schon damals die innovative Spritztechnik und das Siebdruckverfahren ein. Auf typischen Wittig-Gläsern sind jedoch gravierte Roccaillmuster und Jagdgravuren abgebildet. Die Firma fertigte aber auch anspruchsvolle Andenkengläser und exklusive Servicegläser mit breitem Poliergoldrand an. Ernst Wittig bezeichnete diese Zeit gern als ‚Westerwälder Goldrausch‘. Bis zu 5 kg Feingold (Sic!) im Jahr wurden



Böhmisches Glas (Foto: privat)



Dem Schah von Persien wird ein wertvoller Pokal aus Hadamar überreicht (Fotos: Dauerleihgabe von H. Zumpe)



Geschliffene Überfangvase aus der Produktpalette der Fa. Meltzer, Neuerwerbung des Museums

– im wahrsten Sinne des Wortes – in der Glanzzeit verarbeitet; der damals niedrige Feingoldpreis machte es möglich! Stolz war der Firmengründer darauf, dass seine Kunden schon 1947 aus allen Erdteilen kamen.

Bedingt durch die Neugründungen der Firmen Meltzer und Wittig am Fuße des Westerwaldes sowie die verhältnismäßig guten Rahmenbedingungen, die die Heimatvertriebenen in der Stadt sowie durch die Unterstützung des hessischen Wirtschaftsministeriums und des Ministeriums für Vertriebene vorfanden, kamen weitere namhafte Glasfachleute aus dem Sudetenland nach Hadamar.

Hier sind die Firmen Hantschel und Kunte mit – um 1965 – 40-50 Mitarbeitern sowie die Fa. Fabich mit etwa 30 Mitarbeitern zu nennen.⁷

Die Fa. Fabich bestand meines Wissens nach noch bis in die 70er Jahre des vorigen Jahrhunderts und produzierte prunkvolle Lampen und Leuchter, in erster Linie für die reiche Kundschaft des arabischen Marktes in Saudi Arabien und dem Nahen Osten. Auch zahlreiche Ein-Mann- und Kleinbetriebe, deren Inhaber aus dem Sudetenland stammen, arbeiteten in der Nachkriegszeit im Akkordlohn. Namen wie Eiselt, Herrmann, Hosch, Kögler, Klimt, Oppelt, Pautsch und Werner bringen meist nur noch ältere Einwohner von Hadamar mit der Glasveredlung in Verbindung. Sie sollen und dürfen nicht vergessen werden, haben sie doch auch ihren wesentlichen Anteil am Aufschwung der Glasraffinerien in Hadamar geleistet.

Obwohl die mit dem Wirtschaftswunder der Nachkriegszeit prosperierenden Glasbetriebe zahlreiche weitere heimatvertriebene

Glassezialisten in die Westerwälder Kleinstadt zogen, erkannten die führenden Firmeninhaber, das aufgrund der steigenden Nachfrage nach veredeltem Glas Nachwuchsprobleme an Facharbeitern auftreten würden. So machte sich insbesondere der in der Stadtverordnetenversammlung lange Jahrzehnte tätige Ernst Wittig dafür stark, nach dem Vorbild der speziellen Ausbildungsbetriebe in Nordböhmen auch in Hadamar eine Glasfachschule einzurichten. Auch Oberursel konkurrierte mit diesem Gedanken – als der damalige Bürgermeister Paul Hoffmann kurzerhand eine ausgesiedelte Baracke als Schulraum zur Verfügung stellte und damit die Stadt vor den Toren Frankfurts vor vollendete Tatsachen stellte.

Im kommenden Herbst wird die Glasfachschule Hadamar, in der Schüler und Studierende aus ganz Deutschland ausgebildet werden, übrigens ihr 70jähriges Jubiläum feiern. Heute existiert in Hadamar bedauerlicherweise kein einziger Glasveredlungsbetrieb mehr; ein geänderter Kundengeschmack und Konkurrenzartikel aus Polen und Tschechien, die damals noch staatlich subventioniert wurden, waren neben anderen Aspekten die Ursachen für diese Entwicklung.

Seit 2014 jedoch gibt es ein Glasmuseum, das den historischen Hintergrund vom veredeltem Glas in Hadamar wachhält. Der größte Museumsfundus mit über 400 Gläsern wurde vom Ehepaar Kowalisko gestiftet, um ihre Verbundenheit als Heimatvertriebene mit Hadamar zum Ausdruck zu bringen. Auch wenn im Schloss nicht explizit Gläser aus den ehemaligen Betrieben in der ständigen Ausstellung zu sehen sind, so wird doch jedem Besucher in einer Führung deutlich, dass das Museum ohne den Unternehmertegeist

der Zwangsvertriebenen heute nicht existieren würde. Die in der Dauerausstellung präsentierten Exponate – in erster Linie von Lehrern, die zumindest aus der Gründergeneration auch Heimatvertriebene waren und Arbeiten ehemaliger Schüler – stehen stellvertretend für die Arbeiten sudetendeutscher Glasfirmeninhaber, die vom Verkauf ihrer Produkte leben mussten. Und das in einer Zeit, als man von einem eigenen Glasmuseum in Hadamar nur geträumt hat. ■

Wolfgang Hofmann

- 1 Befehl des Militärortskommandanten von Böhmisches Leipa
- 2 Harald Zumpe: Wie das Glas nach Hadamar kam, Teil 1; Bericht im Heimatblatt der Stadt Hadamar
- 3 Tonbandinterview mit Ernst Wittig, aufgezeichnet am 11.5.1995
- 4 Gespräche mit Frau Christa Dönch, (Tochter von H. Fischer), Oberursel in 2009 sowie Tonbandinterview mit Ernst Wittig
- 5 Angaben von Herrn Ernst Wittig
- 6 Harald Zumpe: Wie das Glas nach Hadamar kam, Teil 2; Bericht im Heimatblatt der Stadt Hadamar
- 7 dto.

Wolfgang Hofmann

Zur Person:

Der Autor, gelernter Glasgraveur und Abteilungsleiter der Dreijährigen Berufsfachschule, war über 30 Jahre lang als Lehrer an der Glasfachschule Hadamar tätig.

Er unterrichtete u. a. Glasgeschichte und Fachkunde. Nach seiner Pensionierung ist er im Vorstand des Trägervereins des Glasmuseums Hadamar aktiv, er bereitet u.a. Sonderausstellungen vor, führt interessierte Besucher durch das Museum und ist Ansprechpartner für Fachfragen.

Erarbeitung eines Förderkonzepts im Haus Schlesien

In ihrem Koalitionsvertrag bekennt sich die Bundesregierung dazu, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 des Bundesvertriebenengesetzes (BVFG) tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten als Träger des deutschen Kulturerbes des Ostens sowie im Geiste der europäischen Verständigung für die Zukunft zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken. Zur Umsetzung dieser Vereinbarung erarbeitet die Kulturstiftung derzeit, gefördert von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, ein Konzept zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit, die bereits seit Jahren von den Vertriebenenorganisationen gefordert wird.

Bei der Auftaktveranstaltung am 18./19. Februar 2019 im Haus Schlesien, an der über 50 Vertreter von Kultureinrichtungen der Vertriebenen, sowie der Museen, Institutionen der Wissenschaft und der kulturellen Breitenarbeit, ebenso Vertreter des BdV und der Landsmannschaften teilnahmen, wurde eine Bilanz der Kulturarbeit gezogen. Moderiert von dem Leiter des Projekts der Kulturstiftung, Thomas Konhäuser, wurden dabei alle relevanten Problemfelder lebendig und konstruktiv diskutiert und Impulse für die Erarbeitung eines Förderkonzepts für die eigenständige Kulturarbeit gesetzt.

Zu Beginn der Veranstaltung hatte Projektleiter Thomas Konhäuser das Projekt zur Erarbeitung eines Förderkonzepts vorgestellt. So werden nach der Auftaktveranstaltung in den kommenden Monaten Workshops stattfinden, die sich speziellen Themen und Problemfeldern widmen. Parallel zu den Workshops wird eine Online-Umfrage bei den Organisationen und Institutionen der deutschen Heimatvertriebenen, die nicht an den Workshops teilnehmen können, durchgeführt werden. In einer „Zukunftswerkstatt“ werden konkrete Vorstellungen der Heimatvertriebenen über eine künftige Struktur und Förderung ihrer Kulturarbeit benannt werden. Eine abschließende Studie wird die wesentlichen Vorschläge zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Heimatvertriebenen zusammenfassen. In diesem Zusammenhang werden auch künftige Handlungsfelder der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen sowie gewünschte Dienstleistungen der Kulturstiftung für

die Organisationen der Heimatvertriebenen näher bestimmt und hierfür erforderliche strukturelle Voraussetzungen aufgezeigt werden. Die Ergebnisse werden der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie den Verbänden, Organisationen und Medien der Heimatvertriebenen/Aussiedler als auch weiteren Kultureinrichtungen zugeleitet werden.

In seinem Grußwort verwies der Vorsitzende der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, auf die mit dem Wegfall der institutionellen Förderung verbunden schmerzhaften Einschnitte in der Arbeit der Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen. Es gelte, die Kulturstiftung wieder auf eine breitere Basis zu stellen, auf der eine fruchtbare Arbeit nicht nur im wissenschaftlichen Bereich, sondern auch in der Breitenarbeit geleistet werden könne. Insbesondere dank der Unterstützung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei es gelungen, dass im Koalitionsvertrag vereinbart wurde, die im Sinne des Kulturparagraphen 96 BVFG tätigen Einrichtungen der Heimatvertriebenen, Aussiedler und deutschen Minderheiten zu ertüchtigen und die Kulturstiftung der deutschen Vertriebenen zu stärken. Die wissenschaftliche Arbeit müsse berücksichtigt werden, entscheidend für die Zukunft sei aber, gleichermaßen die Breitenarbeit zu stärken, so Vorsitzender Vogler. Die Auftaktveranstaltung habe daher zum Ziel, eine Bilanz zu ziehen, Problemfelder aufzuzeigen und gemeinsam Impulse für das Projekt zu setzen, dessen Ziel es sei, die eigenständige Kulturarbeit der Vertriebenen insgesamt zu stärken. Gleichzeitig sei es Ziel des nun durchgeführten Projekts eine Konzeption zu entwickeln, die die Arbeit der Kulturstiftung auf eine breite, verlässliche und auf Dauer in die Zukunft gerichtete Arbeit stelle.

Bei der Zusammenkunft wurden folgende Themenfelder in verschiedenen Arbeitsgruppen behandelt:



Bei der Auftaktveranstaltung im Haus Schlesien wurden alle relevanten Problemfelder einer eigenständigen Kulturarbeit konstruktiv diskutiert. (Fotos: Kulturstiftung)

1. Was ist gegenwärtig unter der Kulturarbeit der Vertriebenen/Aussiedler zu verstehen? – Wie stellt sich die Bandbreite der Kulturarbeit heute dar?
2. Stand und Perspektiven: Die kulturelle Breitenarbeit der Heimatvertriebenen/Aussiedler und die Bewahrung der Heimatsammlungen/Archive
3. Stand und Perspektiven: Öffentlichkeitsarbeit, Digitalisierung Nachwuchsgewinnung
4. Vom „kommunikativen“ zum „kollektiven“ Gedächtnis: Was sind die drängendsten Herausforderungen in der Kulturarbeit der Vertriebenen /Aussiedler?
5. Welcher Handlungsbedarf besteht bei Arbeitsweise, Verwaltungsstrukturen und finanzieller Förderung der Kulturarbeit der Heimatvertriebenen?

In seinem Impuls zur Abschlussdiskussion erklärte der Parlamentarische Staatssekretär a.D. und Bundesbeauftragte a.D. Koschyk, dass es bei einer Auftaktveranstaltung zur Erarbeitung eines Förderkonzepts zur Stärkung der eigenständigen Kulturarbeit der deutschen Vertriebenen nicht ausbleiben könne, dass – wie geschehen – ein Blick in die Zukunft gerichtet wurde und gleichzeitig eine kritische Auseinandersetzung zum §96 BVFG stattfand. Der § 96 BVFG sei der Versuch der jungen Bundesrepublik gewesen, die Integration der Heimatvertriebenen kulturpolitisch zu begleiten. Hätte man damals eine Umfrage gemacht, wie die Gesamtbevölkerung diesen Kulturpa-

ragraphen betrachte, hätte damals wohl die Mehrheit gesagt, dass dieser seine Berechtigung finde, bis die Heimatvertriebenen in ihre alte Heimat zurückkehren könnten.

Die Tagung habe ihm gezeigt, wie wichtig es sei zu erkennen, dass sich die Zielgruppen geändert haben. Ein teilweise immer noch vorhandenes „Schubladendenken“ der „Altvertriebenen“ müsse überwunden werden. In der Philosophie des § 96 müssten endlich auch die deutschen Minderheiten als wichtige Kulturträger gesehen und eine Zusammenarbeit mit diesen befördert werden. Es freue ihn sehr, dass mit der Konzeption von 2016 neben den Aussiedlern erstmals auch die deutschen Minderheiten mitbedacht wurden. ■



Der Vorsitzende der Kulturstiftung, Reinfried Vogler, begrüßte die Teilnehmer.

Böhmerwälder Generalabt ruht in katalanischer Erde

Zum 125. Geburtstag von P. Matthäus Quatember

Nach den zahlreichen Klostersaufhebungen Kaiser Josephs II. besaß der Zisterzienserorden in Böhmen nur noch die Klöster Ossegg und Hohenfurth, die bis zum Kirchenkampf der Nationalsozialisten und der Vertreibung der deutschen Mönche 1945 blühende Zentren des Ordens waren. Stift Hohenfurth war das Heimatkloster von P. Matthäus Quatember, der als 78. Generalabt den traditionsreichen Orden der Zisterzienser im achten Jahrhundert seines Bestehens segensreich leitete.

Geboren wurde Quatember am 1. Mai 1894 als Ältester von sieben Geschwistern in einer Bauernfamilie im Dorf Sacherles im süd-böhmischen Bezirk Kaplitz. Getauft wurde er auf den Namen Gregor in der dem Stift Hohenfurth inkorporierten Pfarrei Deutsch-Reichenau. Das Gymnasium besuchte Gregor zunächst in Linz, später in Budweis, wo er 1914 maturierte. Im gleichen Jahr trat er in Hohenfurth in den Zisterzienserorden ein, wo bereits sein Onkel Friedrich Quatember und sein Vetter Dominik Kaindl Ordensangehörige waren. Zwei von Gregors Brüdern wurden später Jesuiten. Der junge Novize erhielt den Ordensnamen Matthäus und feierte 1919 sein erstes Meßopfer. Er wurde zunächst in den Pfarreien Malsching und Strobnitz als Seelsorger eingesetzt, bevor er als Novizenmeister nach Hohenfurth zurückgeholt wurde. Wegen seiner Begabung schickte ihn sein Abt zu weiteren Studien nach Prag und Rom. Hier wurde er 1929 in der Ewigen Stadt zum Doktor des Kirchenrechts promoviert. Bereits im folgenden

Jahr lehrte er als Professor an der päpstlichen Universität Propaganda Fide in Rom, 1936 wurde er auch Konsultor der Religiosenkongregation und anderer Kommissionen. Der Zisterzienserorden wählte ihn 1934 zum Generalprokurator. Nachdem er 1946 von Papst Pius XII. zum Titularabt ernannt worden war, wurde er von seinem Orden zum 78. Generalabt des Ordens gewählt. Er führte dessen Neuorganisation durch und schuf als neues Ordenszentrum ein neues Generalatshaus am Aventin in Rom.

Generalabt Quatember trug viel zur Ausbreitung des Zisterzienserordens bei, vor allem in Südamerika, Afrika und Asien. 1952 errichtete er aufs Neue das alte Kloster Poblet bei Barcelona; dafür wurde er mit dem Isabell-Orden, der höchsten spanischen Auszeichnung geehrt.

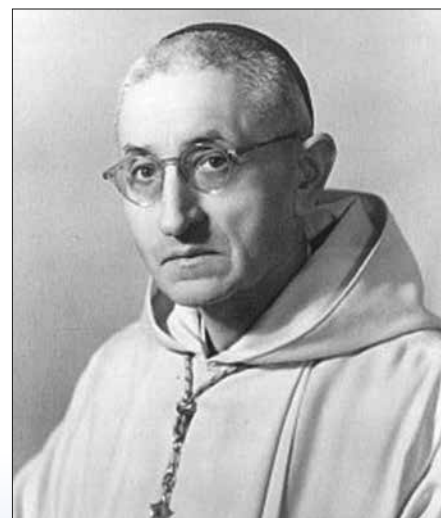
Quatember, der aus der katholischen Jugendbewegung Böhmens hervorgegangen war, blieb bei allen seinen Tätigkeiten in der Fremde stets seiner Heimat verbunden. So war es naheliegend, dass der Vatikan ihn nach dem Tode von Bischof Josef Gross im Januar 1931 bei der Neubesetzung des Bischofsstuhles in Leitmeritz für dieses hohe Amt vorsah. Die Ernennung scheiterte aber am Widerspruch der tschechoslowakischen Regierung.

Matthäus Quatember, der im Jahre 1945 auch die Zeitschrift „Analecta S. Ordinis Cisterciensis“ (Erscheinungsort Rom) gründete, war trotz seiner vielfachen Aufgaben im

kirchlichen und besonders im monastischen Bereich auch wissenschaftlich tätig. Dass eine textkritische Neuausgabe der Werke des hl. Bernhard, des eigentlichen Gründers des Zisterzienserordens, herauskommen konnte, war Dr. Quatember zu verdanken, ebenso die Herausgabe der „Series scriptorum Cisterciensium“ (1950 ff.). Es war sein Wunsch, aber auch der der spanischen Regierung, dass der Generalabt nach seinem Tode in dem von ihm wieder begründeten katalanischen Kloster Poblet beigesetzt wurde. Dies geschah auch in einer eindrucksvollen Feier 1953.

Er war ohne Zweifel einer der hervorragendsten Männer in der neueren Geschichte des 800jährigen Ordens, wie einer seiner Nachfolger, der jetzige Generalabt erklärte. ■

Rudolf Grulich



P. Matthäus Quatember



Programm der kulturellen Tage 2019

Freitag, 23. – Sonntag, 25. August 2019 im Wilhelm-Kempf-Haus Wiesbaden-Naurod

Freitag, 23. August 2019

Bis 14.00 Uhr Anreise

14.30 Uhr Kaffee

15.00 Uhr Referat Rose-Lore Scholz, Landeskulturreferentin des Bundes der Vertriebenen, Wiesbaden

„Aktuelle Themen und Fragen zur Kulturarbeit der Vertriebenenverbände“

Aussprache

16.30 Uhr Uwe Rada, Schriftsteller und Redakteur, taz, Berlin

Lesung aus dem Buch

„Die vergessene Grenze. Eine deutsch-polnische Spurensuche von Oberschlesien bis zur Ostsee“

Aussprache

18.00 Uhr Abendessen, anschließend Berichte aus den Kreisverbänden in Kleingruppierung

Samstag, 24. August 2019

8.00 Uhr Frühstück

9.00 Uhr Referat Dr. Christoph Hinkelmann, Ostpreussisches Landesmuseum, Lüneburg

„Ostpreußens Geschichte, Kultur, Landschaft – die neue Dauerausstellung im Ostpreussischen Landesmuseum“

Aussprache

10.30 Uhr Referat Claus-Marco Dieterich, M. A., Philipps-Universität Marburg,

Geschäftsführer der Deutschen Gesellschaft für Volkskunde

„Heimat – neue Konjunktur eines alten Begriffs“

Aussprache

12.00 Uhr Mittagessen

14.30 Uhr Kaffee

15.00 Uhr Referat Dr. Christopher Spatz, Historiker und Autor, Bremen

„Heimatlos. Friedland und die langen Schatten von Krieg und Vertreibung“

Aussprache

16.30 Uhr. Veronika Kupková, Pädagogin und Filmregisseurin, Kaaden/Kadaň (Tschechien)

Filmvorführung **„Generation „N“ Deutschböhme“**

Aussprache

18.30 Uhr Abendessen

19.30 Uhr „Geselliger Abend“ mit Lied- und Textbeiträgen der Teilnehmer

Sonntag, 25. August 2019

8.00 Uhr Frühstück

9.00 Uhr Referat Bernd Posselt, MdEP a.D., Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe, München

„Europa – Heimat der Heimaten“

Aussprache

11.00 Uhr Zusammenfassung und Bewertung der Tagungsergebnisse

12.00 Uhr Mittagessen, anschließend Abreise

Der Teilnehmerbeitrag für die ganze Tagung beträgt 90,00 € pro Person.

Anmeldung bis zum 10. August 2019 beim

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e. V.

– Kulturreferat –

Friedrichstraße 35

65185 Wiesbaden

Änderungen vorbehalten





„Wenn ein Mensch so aktiv war in seinem Leben“

Egerländer Otto Riedl erhält Bundesverdienstkreuz

Michael Köberle, Landrat des Kreises Limburg-Weilburg, nahm im Auftrag des Bundespräsidenten Frank-Walter Steinmeier die Ehrung vor. Der Landrat nannte Otto Riedl in seiner Laudatio ein „Urgestein der Kommunalpolitik, der Vertriebenenverbände, der Kirche und des Sports“. Er überreichte in einer Feierstunde im Hotel „Zur Krone“ in Löhnberg die höchste Anerkennung der Bundesrepublik. Nach dem Ehrenbrief des Landes Hessen, den der Löhnberger bereits 1991 erhielt, ist dies nun eine weitere Würdigung seines Engagements.

Er habe sich jahrzehntelang selbstlos ehrenamtlich engagiert, sich für das Allgemeinwohl eingesetzt und mit Sorgfalt und Genauigkeit gearbeitet.

„Wenn ein Mensch, wie Otto Riedl so aktiv war in seinem Leben, muss man die Verdienste auch aufzählen“, so Köberle. Er zeigte auf, in welchen Vereinen, Verbänden und Gremien sich Otto Riedl seit Jahrzehnten ehrenamtlich engagiert. Oft genug übernahm er dabei an der Spitze Verantwortung im Orts- und Kreisverband des Bundes der Vertriebenen, in der Bundesversammlung Hessen als Vizepräsident, in der Ackermann-Gemeinde, in seinem Heimatort und in der CDU.

Otto Riedl, der 1937 in Langlammitz im Egerland – in der Nähe des bekannten Kurortes Karlsbad – zur Welt kam, wurde mit neun Jahren mit seiner Familie vertrieben. In Löhnberg an der Lahn fand er eine neue Heimat, ohne seine Herkunft je zu vergessen. Sein „Steckenpferd“ war seit 1967 die Arbeit im Bereich der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler, befand Köberle. Vor allem über 30 Begegnungsfahrten als Reiseleiter, gemeinsam mit Franz Krotzky und Josef Plahl in die frühere Heimat und Gebiete der Vertreibung sind sein Verdienst. Er setzt sich seit über 60 Jahren bis heute für die Eingliederung der Heimatvertriebenen und Spätaussiedler ein, leistet einen Beitrag zur Versöhnung zwischen den Völkern. Köberles Fazit: „Dieses Engagement sucht Seinesgleichen“.

Kommunalpolitisch hat Otto Riedl, gelernter Feinoptiker und Industriemeister, seinen Heimatort geprägt. 1965 trat er in die CDU ein, mit dem Ziel, dass Frieden, Freiheit und soziale Gerechtigkeit die Politik prägen“, sagte Landrat Michael Köberle. 1971 gehörte Riedl zu den Mitbegründern der Löhnberger CDU, der er bis 1997 vorstand. Er brachte sich im Ortsverband ein, war 40 Jahre in der Gemeindevertretung aktiv, war Beigeordneter und Vorsitzender der Seniorenkommission seiner Gemeinde und saß neun Jahre im Kreistag. Otto Riedl habe sich nach den

Worten von Josef Plahl, Kreisvorsitzender des Bundes der Vertriebenen, von seiner Jugend an für seine Mitmenschen eingesetzt. Er habe die Liebe zu seiner Heimat nicht vergessen: „Otto, du bist ein Mann der Tat.“

Eine weitere Facette seines Engagements liegt im kirchlichen Bereich. Seit 70 Jahren engagiert sich Otto Riedl in verschiedenen Ämtern, etwa als Ministrant, Lektor, Kommunionhelfer, Wortgottesdienst-Leiter und im Pfarrgemeinderat sowie im Verwaltungsrat.

In Vertretung von Bürgermeister Dr. Frank Schmidt gratulierte der Ehrenbürgermeister Kurt Leuninger im Namen der Gemeinde. Auch der Vorsitzende der Löhnberger CDU, Tobias Grän, dankte dem Ehrenvorsitzenden seiner Partei dafür, dass er sich unermüdlich für die Ortsgemeinschaften eingesetzt habe.

Neben seiner Familie, Freunden und Bekannten zählten zu weiteren Gratulanten SL-Landesobmann Markus Harzer, der CDU-Kreisvorsitzende und MdL Andreas Hofmeister, der BdV-Ehrenvorsitzende des Kreises Limburg-Weilburg Franz Krotzky und der Vorsteher der Egerländer Gmoi Limburg, Albrecht Kauschat. Seinen Heimatort vertrat Pfarrer Josef Kopatsch und Julian Klötzl, die Katholische Kirche Dekan Pfarrer Hans Mayer. ■



Ehrung: (v.l.) Landrat Michael Köberle, Walli und Otto Riedl (Foto: privat)

Zum Tode von Anton Lerch

Ein Heimatfreund mit großem Engagement

Mit großer Betroffenheit haben die Mitglieder und Freunde der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Lauterbach das plötzliche Ableben ihres langjährigen Kreisobmanns, Anton Lerch, im vergangenen Februar vernommen. Geboren am 27. April 1936 in Schrikowitz, Kreis Tepl im Egerland, kam der Verstorbene infolge der Vertreibung aus seiner alten Heimat im April 1946 nach Maar bei Lauterbach in Hessen und erlernte dort nach dem Besuch der Volksschule den Beruf des Malers und Lackierers, den er 1959 mit der Meisterprüfung erfolgreich abschloss. Später führte er sein eigenes Malergeschäft. Rund ein Jahrzehnt später wechselte er sodann aber in die Verwaltungslaufbahn und wurde schließlich nach den erforderlichen Prüfungen am 1. September 1975 zum Oberinspektor bei der Stadtverwaltung in Lauterbach ernannt. Nach weiteren Dienstjahren und entsprechenden Laufbahnbeförderungen, zuletzt als Oberamtsrat in der Leitung des Ordnungsamtes, wurde er schließlich zum 31. Dezember 1999 in den Ruhestand versetzt. Daneben übte er auch noch das Amt als Standesbeamter aus und war bis Mai 2007 zudem nebenamtlicher Geschäftsführer und später auch Mitglied des Aufsichtsrates der Gemeinnützigen Heimstättenbaugesellschaft mbH Lauterbach.

Ehrenamtlich war Anton Lerch u.a. eine Zeit lang Vorsitzender des Gesellenprüfungsausschusses der regionalen Malerinnung, Schöffe am Jugendgericht des Amtsgerichts Lauterbach, Beisitzer im Vorstand des TV Maar 1919 und Präsident der vereinsinternen Faschingsabteilung. Über Jahrzehnte gehörte er als gewähltes Mitglied dem Pfarrgemeinderat der Katholischen Kirche in Lauterbach an und war zeitweise Vorsitzender dieses Gremiums.

Von 1995 bis zum Tode war er aktives Mitglied der Seniorenhilfe Maar für Lauterbach und seine Stadtteile und über fünf Jahre deren stellvertretender Vorsitzender. Auch dem Seniorenbeirat der Stadt Lauterbach gehörte er seit 2001 an.

Vom 1. August 1980 an war er Gründungsvorsitzender der „Egerländer-Hutscha-Stub'n“, einer geselligen Gruppe mit 20 bis 25 gleichgesinnten Personen aus der näheren Umgebung, die sich alle der Pflege und Erhaltung des Egerländer Brauchtums auf die Fahne geschrieben haben. So wurde bis 2012 in weiten Teilen von Hessen das Egerländer Liedgut in den dazugehörigen wunderschönen Trachten sehr erfolgreich vertreten und dargestellt. Anton Lerch war 67 Jahre treues Mitglied der Sudetendeut-

schen Landsmannschaft in Lauterbach. Er übernahm im März 1992 als engagierter Vorsteher



Anton Lerch (Foto: privat)

diese Kreisgruppe und wurde damals zudem noch zum stellvertretenden Vorsitzenden des BdV-Kreisverbandes Lauterbach gewählt. Beide Ämter hatte er bis zu seinem Tode am 19. Februar 2019 ununterbrochen inne. Zwischendurch war er auch einige Jahre Beisitzer und danach stellvertretender Vorsitzender beim Landesverband der Sudetendeutschen in Hessen.

Für sein vielfältiges ehrenamtliches Wirken wurde Anton Lerch vielfach ausgezeichnet und geehrt. In den Vertriebenenorganisationen hat er mit besonderem Engagement entscheidend dazu beigetragen, dass das kulturelle Erbe der Heimatvertriebenen nach dem 2. Weltkrieg in unserer Region wachgehalten und an die nachfolgenden Generationen weitervermittelt wurde. Dafür gebührt dem Verstorbenen großer Dank und ein bewahrendes Andenken bei allen seinen Weggefährten und Freunden. ■

Prof. Arnulf Baring verstorben

Das Zentrum gegen Vertreibungen verliert einen Fürsprecher für die Belange der Heimatvertriebenen

Am 2. März 2019 verstarb der Historiker und Publizist Prof. Arnulf Baring im Alter von 86 Jahren in Berlin. Dazu erklärte der Vorsitzende der Stiftung Zentrum gegen Vertreibungen, Dr. Christean Wagner:

„Mit Prof. Baring verliert das Zentrum gegen Vertreibungen einen streitbaren, mutigen und wortgewandten Unterstützer seiner Anliegen. Die deutschen Heimatvertriebenen verlieren eine Stimme, die in der öffentlichen Diskussion und Positionierung klar und unmissverständlich für die Benennung des Unrechts der Vertreibung und für die Erkenntnis eintrat, dass sich jedes Volk, der eigenen wie der fremden Untaten und Verirrungen bewusst stellen müsse. Ihm war es wichtig, die Vertreibung nicht als partielles Schicksal der deutschen Vertriebenen

zu sehen, sondern als kollektiven Verlust von Räumen und Seelenlandschaften, in denen Deutsche Jahrhunderte zu Hause waren: Vertreibung und Heimatverlust als eine Verlusterfahrung nicht nur der Vertriebenen, sondern des ganzen Volkes. Es war ihm wichtig, diesen seelischen Verlust auch im Gedächtnis des ganzen Landes aufzubewahren. Baring kritisierte den Umgang mit den eigenen Opfern und sprach sich dafür aus, auch um die deutschen Opfer unbefangen trauern zu können“

Arnulf Martin Baring wurde am 8. Mai 1938 in Dresden geboren. Er legte in Berlin das Abitur ab und studierte Jura und Politikwissenschaften an mehreren deutschen Hochschulen sowie in New York und Paris. 1969 wurde er zum ordentlichen

Professor für Politikwissenschaft an der FU Berlin berufen, wo er fast 30 Jahre lehrte und forschte. Seit 1998 war Baring emeritiert.



Als Historiker und kritischer Bürger war er der Öffentlichkeit durch seine Präsenz in vielen Medien bekannt. ■

Prof. Arnulf Baring (Foto: Tohma (talk), 2001, via Wikimedia Commons, CC BY-SA 4.0)



Landesverband Hessen e.V.

Bund der Vertriebenen Landesverband Hessen e.V.
Friedrichstraße 35 · 65185 Wiesbaden



Telefon 0611 36019-0
Telefax 0611 36019-22
E-Mail buero@bdv-hessen.de

Web www.bdv-hessen.de
www.bund-der-vertriebenen-hessen.de
www.facebook.com/bdvhessen

BdV-Landesverband

28. Juni – 06. Juli 2019 **Sudetendeutsche Landsmannschaft, Landesgruppe Hessen**
JMG-Wanderwoche
im Schönhengstgau und Nordmähren

30. Juni 2019 **BdV-Kreisverband und SL-Kreisgruppe Groß-Gerau**
86. Heimatvertriebenenwallfahrt
nach Maria Einsiedel bei Gernsheim

14. – 20. Juli 2019 **Deutsch-Europäisches Bildungswerk**
Deutsch-lettisches Verständigungsseminar in Riga
Thema: „Geschichtlicher Erfahrungsaustausch zwischen Letten und Deutschen
als Grundlage für die Zusammenarbeit“



28. Juli – 4. Aug. 2019 **SL-Kreisgruppe Kassel**
8-tägige Fahrt ins Altvatergebirge

23. – 25. August 2019 **BdV Hessen**
Kulturelle Sommertage
Wilhelm-Kempff-Haus, Wiesbaden-Naurod
(Programm siehe Seite 24)

15. September 2019 **BdV Hessen**
Zentraler Tag der Heimat und hessischer Gedenktag für die
Opfer von Flucht, Vertreibung und Deportation
Wiesbaden-Biebrich, Schloss Biebrich

22. – 28. Sept. 2019 **Deutsch-Europäisches Bildungswerk**
Deutsch-serbisch-ungarisches Verständigungsseminar in der Vojvodina und in Szeged
(Serbien und Ungarn)
Thema: „Vielvölkerregion an der Donau und die Deutschen:
gemeinsame geschichtliche Erfahrung als Grundlage für die Verständigung
und Erneuerung“



07. – 09. Oktober 2019 **Landsmannschaft Schlesien – Nieder- und Oberschlesien, Landesgruppe Hessen e.V.**
Schlesische Landeskulturtage
Thema: Religiöses, Städtebau, Flucht und Vertreibung:
Schlesier präsentieren sich historisch und aktuell

20. – 26. Oktober 2019 **Deutsch-Europäisches Bildungswerk**
Deutsch-polnisches Verständigungsseminar
in Danzig und der Kaschubei (Polen)
Thema: „Zusammenwirken in der Geschichte als
Grundlage für das Zusammenleben in der Gegenwart“

Absender:



BdV – Bund der Vertriebenen
Landesverband Hessen e.V.
65185 Wiesbaden

Postvertriebsstück

Entgelt bezahlt

H 13 18 F

Bund der Vertriebenen – Friedrichstraße 35 – 65185 Wiesbaden – Postvertriebsstück Entgelt bezahlt H 13 18 F

Kulturzentrum Ostpreußen im Deutschordensschloss Ellingen/Bay.

Das Kulturzentrum Ostpreußen leistet im Ellinger Deutschordensschloss einen wirkungsvollen Beitrag zur Bewahrung und Pflege des ostpreußischen Kulturerbes. Einmalige und seltene Ausstellungsstücke begleiten die Besucher auf ihrer Reise durch das Land zwischen Weichsel und Memel.

Der Aufbau des Kulturzentrums Ostpreußen, einer Einrichtung der Ostpreußischen Kulturstiftung, erfolgte seit 1981 mit Unterstützung des Bundes und des Freistaates Bayern, der 1978 die Patenschaft über die Ostpreußische Landsmannschaft übernommen hatte. Das Kulturzentrum Ostpreußen präsentiert im Westflügel des im Jahr 1711 neu errichteten Deutschordensschlosses in Ellingen die ehemalige Provinz des Deutschen Reiches in einer Ausstellung

mit seltenen Exponaten. Ausgewählte Themen werden in einem Bernsteinkabinett, einem Königsberger Bürgerzimmer und den Ausstellungsbereichen Ostpreußen im Kartenbild, historische Jagdwaffen, Cädiner Majolika, die Geschichte der Salzburger Exulanten, ländliches Leben und Schaffen dargestellt. Auch eine Gemäldegalerie ist zu besichtigen. Während des Rundganges ist es möglich über ein Audiosystem weiterführende Informationen zum Thema zu erhalten. Es werden jährlich Sonder- und auch Kabinettausstellungen durchgeführt, teilweise im Rahmen grenzüberschreitender Kulturarbeit mit polnischen, russischen und litauischen Einrichtungen. Darüber hinaus können ein Archiv und eine Bibliothek zur Landeskunde und Kulturgeschichte Ostpreußens genutzt werden. Vom Kulturzentrum wurden zudem die Informationstafeln zur Geschichte und Kultur Ostpreußens im neuen Altvaterturm auf dem Wetzstein bei Lehesten im Thüringer Wald gestaltet.

Im Juli 2009 eröffnete das Kulturzentrum Ostpreußen eine Außenstelle im Altvaterturm. Dazu wurde im siebten Geschoss des Turmes ein Zimmer angemietet, welches das Kulturzentrum Ostpreußen als Ostpreußenzimmer ausgestaltete. Auf insgesamt 18 Tafeln werden die Geschichte Ostpreußens, Kirchen, Burgen, Schlösser, berühmte Persönlichkeiten des Landes sowie Landschaften und Naturräume erläutert. Auch die Zeit des Zweiten Weltkrieges mit Flucht und Vertreibung finden Erwähnung. Zudem ist ein Abschnitt der Ausstellung der Erläuterung der Aufgaben des Kulturzentrums Ostpreußen in Ellingen vorbehalten. Weitere Infos unter: www.altvaterturm.de



Kulturzentrum Ostpreußen

Schloßstraße 9
91792 Ellingen/Bay.

Telefon 09141 86440

E-Mail info@kulturzentrum-ostpreussen.de

Web www.kulturzentrum-ostpreussen.de

Öffnungszeiten:

April – September

Dienstag – Sonntag
10.00 – 12.00 und
13.00 – 17.00 Uhr

Oktober – März

Dienstag – Sonntag
10.00 – 12.00 und
13.00 – 16.00 Uhr



Der Altvaterturm

Der Altvaterturm in Thüringen ist eine Rekonstruktion des im Stil des Historismus errichteten Turmes auf dem Altvater/Praded (Tschechien), der Ende der 1950er Jahre abgetragen wurde. 1976 hatte sich in Langgöns bei Gießen ein Altvaterturmverein gegründet, der sich den Wiederaufbau des Turmes in der Bundesrepublik zum Ziel gesetzt hatte. Die Standortsuche war langwierig. Das Richtfest für den neuen Altvaterturm in Thüringen fand im Jahr 2002 statt, die Einweihung erfolgte 2004. Der Turm, überwiegend aus Spenden finanziert, befindet sich nahe Lehesten.

